

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

19 (13.5.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 4 / Nr. 19

Mannheim, 13. Mai 1949

Preis 15 Pfg.

Max Reimann zum Grundgesetz:

„Weder völkerrechtlich noch für Deutsche bindend“

Nur die Kommunistische Partei vertritt deutschen Standpunkt — M. Reimann zwingt Adenauer in die Verteidigung

Der Bonner Parlamentarische Rat hat mit 53 gegen 12 Stimmen das Grundgesetz für den separaten Weststaat angenommen. Die CDU und die SPD stimmten geschlossen dafür, während Teile der CSU, die ihnen das Grundgesetz noch nicht föderalistisch genug war, dagegen stimmten. Je zwei Abgeordnete des Zentrums und der Deutschen Partei stimmten ebenfalls dagegen. Die kommunistische Fraktion lehnte das Grundgesetz nach einer Erklärung ihres Vorsitzenden Max Reimann ab. In der gleichen Plenarsitzung des Parlamentarischen Rates wurde von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Politikern die Einladung des Deutschen Volksrates, eine gesamtdeutsche Konferenz durchzuführen, abgelehnt.

Die Generaldebatte im Parlamentarischen Rat bewies, daß zwischen den einzelnen Fraktionen keine großen Unterschiede in ihren Auffassungen zum westdeutschen Separatstaat bestehen. Darüber kann nichts hinwegtäuschen.

Für die Kommunistische Partei lehnte Max Reimann die Bildung des Separatstaates ab. Er erklärte: „Die Bildung des Parlamentarischen Rates geht zurück auf einen Beschluß der westalliierten Mächte. Die Abgeordneten dieses Hauses sitzen also hier Kraft des Befehles der westlichen Besatzungsmächte. Die staatlichen deutschen Hoheitsrechte sind durch den Berliner Vertrag vom Juni 1945 von den vier Besatzungsmächten übernommen worden. Nur der Alliierte Kontrollrat in seiner Gesamtheit ist also berechtigt, Anordnungen zu treffen, die gesamtdeutsche Fragen angehen. Entscheidungen von Teilen des Kontrollrates über Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, sind weder völkerrechtlich noch für uns Deutsche bindend. In der Präambel wird behauptet, daß Sie, die Abgeordneten, die für dieses Grundgesetz stimmen werden, auch für jene Deutschen handeln, denen mitzuwirken versagt war. Glauben Sie denn, daß das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone sich einer derartigen Verfassung unterstellen würde? Das würde bedeuten, daß das Volk Verzicht leisten müsse auf alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften, die es sich erobert hat in Durchführung der Bestimmungen des

Potsdamer Abkommens, mit der Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht.

Ich behaupte sogar, wenn das Volk in Westdeutschland dieses Verfassungswerk kennen lernt, wenn es seine ganze Bedeutung begreift, daß es dann dieses Werk durch einen Volkstschied ablehnen würde. Daß diese meine Behauptung zutrifft, geht auch daraus hervor, daß Sie dem Volk diese Verfassung nicht zur Abstimmung vorlegen. Sie, meine Damen und Herren, versuchen, dem deutschen Volk einzureden, sie seien für die Einheit Deutschlands. Jedoch haben Sie jede Bemühungen einzelner politischer Persönlichkeiten um die Herbeiführung einer gemeinsamen deutschen Aussprache torpediert.

Nun frage ich Sie, womit Sie Ihre Behauptung beweisen wollen, daß Sie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wollen? Meine Herren, nicht was Sie sagen, was Sie tun ist entscheidend.

Noch vor einigen Tagen, am 1. Mai, haben sich sozialdemokratische Politiker vor die werktätigen Massen gestellt und die Forderung auf Sozialisierung der Grundstoffindustrien, auf Eroberung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften in der Wirtschaft erhoben. In Ihrem Verfassungswerk haben Sie auf all das, was Sie noch am 1. Mai gesprochen haben, bewußt Verzicht geleistet.

Max Reimann stellte während seiner Rede die Frage: Wer ist nun der politische Repräsentant, der Präsident dieses hohen Hauses? Vor genau dreißig Jahren, im Jahre 1919, rief dieser Dr. Adenauer, damals Kölner Oberbürgermeister, auf die Initiative zur Gründung eines separaten Weststaates, den man damals Rheinstaat nannte, zu ergreifen.

Wahlgesetz verabschiedet

Der Parlamentarische Rat hat bereits das Wahlgesetz zur Bundesversammlung verabschiedet. SPD, FDP, Zentrum und KPD stimmten mit 36 Stimmen dafür, die CDU/CSU und die Vertreter der Deutschen Partei mit 28 Stimmen dagegen. Nach dem Wahlgesetz werden mindestens 400 Abgeordnete nach einem Wahlschlüsselverfahren gewählt. Auf Württemberg-Baden entfallen 33 Abgeordnete. Die Hälfte der Abgeordneten wird in direkter Wahl in den Wahlkreisen, die andere Hälfte indirekt auf Landesergänzungslisten ermittelt.

Bundessitz in Bonn

In geheimer Abstimmung wurde die Frage des Bundessitzes entschieden. Die SPD hatte den Antrag auf geheime Stimmabgabe gestellt, dem alle Parteien bis auf die Kommunisten ihre Zustimmung gaben. Der kommunistische Abgeordnete Reimann sprach von einer „Geheimstimmabgabe“ und verlangte, daß Beratungen und Entscheidungen unter absoluter persönlicher Verantwortlichkeit zu führen seien und lehnte die „Flucht in die Geheimwahl“ ab. Mit 33 gegen 29 Stimmen ist Bonn zum vorläufigen Sitz der Regierung des Separatstaates Westdeutschland gewählt worden.

Im Streiflicht gesehen

„Der Deutschen Flitterwochen sind vorbei“

Der stellvertretende Generaldirektor der JEIA, Mr. Cahane, erklärte in Hannover, die „Flitterwochen“ der deutschen Wirtschaft seien jetzt vorbei. „Den Deutschen steht harte Arbeit bevor. Wenn die Preise der Exportgüter nicht bald fallen, wird Westdeutschland sich einem wirtschaftlichen Chaos gegenübersehen.“

Mr. Cahane hat bei seiner Äußerung vergessen, zu erklären, warum die JEIA sich als Drosselungsanstalt des deutschen Exports erweist. Er hat ebenso vergessen, zu sagen, daß der nicht konkurrenzfähige Exportpreis die Folge des uns auferlegten Umrechnungskurses — 1 DM zu 30 Cents — ist.

Deutschland und Japan gleichgestellt

Auch der japanische Ministerpräsident Yoshida beklagte sich, daß der japanische Außenhandel auf Kosten des Landes gehe und eine Begünstigung der amerikanischen Kaufleute darstelle. Durch das Verbot von Auslandsreisen der japanischen Fabrikanten seien diese nicht über die Verhältnisse auf den Auslandsmärkten orientiert und müßten mit den in Japan ansässigen und von den Besatzungsbehörden geförderten Vertretern ausländischer Firmen verhandeln. Die wirtschaftliche Lage in Japan würde schnell wieder normal werden, wenn man Japan selbst seine Angelegenheiten besorgen lasse.

Was wird uns auf Reparationskonto gutgeschrieben?

Die Thyssenhütte wird demontiert. Das Werk hat gegenwärtig einen Wert von 320 Millionen DM. Dazu betragen die Demontagekosten die Kleinigkeit von 65 Mil-

18 000 britische Bergleute in den beiden nordenglischen Kohlenrevieren Lancashire und Cumberland in den Ausstand getreten sind, hat sich die Anzahl der Streikenden inzwischen auf 25 000 erhöht. Der Ausstand begann vor einer Woche, als 260 Grubenarbeiter in einer Zeche die Arbeit niederlegten, weil die staatliche Kohlenbehörde ihre Forderung nach Gewährung des traditionellen Kohlendepots für ihre Familien ablehnte.

Von der nationalen Bergarbeitergewerkschaft wurde der Streik bisher nicht ge-

Manche DM. Dennoch sollen dem deutschen Reparationskonto auf Grund der Washingtoner Vereinbarungen nur 20 Millionen DM gutgeschrieben werden. Ein Kommentar erübrigt sich.

„Die Besatzungsgruppen sollen abziehen“ Professor Noack, der Gründer des „Nauheimer Kreises“, veröffentlichte eine Erklärung in der „Nationalzeitung“ der Ostzone. Es heißt darin: „Die Besatzungsgruppen, die den Großteil des deutschen Volkseinkommens verschlingen, müssen abziehen, damit die heute für sie aufgewendeten Mittel dem deutschen Wiederaufbau zugute kommen.“

Kirche auch verständigungsbereit?

Der Direktor, Graf Della Torre, des „Osservatore Romano“, dem Blatt des Vatikans, veröffentlicht einen Artikel, in dem er den Kapitalismus als ein „soziales Uebel“ bezeichnet. Daß er immer von der Kirche bekämpft worden sei, glaubt ihm niemand. Interessant ist aber, wenn er erklärt, daß „der Kommunismus als Wirtschaftsform, ohne Berücksichtigung philosophischer Momente im Gegensatz zum Kapitalismus durchaus nicht gegen die Natur des Christentums sei.“ Es fragt sich nur, warum dann praktisch der Vatikan immer gegen den Kommunismus ist.

Die Stimme des Krieges

Auf einem Bankett in Washington machte der amerikanische Luftwaffengeneral Doolittle die Äußerung: „Wir müssen physisch und moralisch bereit sein, Atombomben auf die Industriezentren der Sowjetunion zu werfen.“

Es ist ein Naturgesetz der Militaristen — nicht nur der preußischen — immer den Krieg und die Vernichtung zu wollen.

Max Reimann hielt Dr. Adenauer dessen ganzes Sündenregister aus jener Zeit vor, um am Ende festzustellen: „Heute ist Herr Dr. Adenauer Präsident des Parlamentarischen Rates, gewählt mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion.“

Die Erwiderung Dr. Adenauers mußte arm sein, denn es gibt keine Rechtfertigung seines damaligen Tuns. Er versuchte, den Angriff Max Reimanns als politische Erpressung darzustellen, was zum Schluß der Debatte Max Reimann veranlaßte, noch ein-

mal das Wort zu einer persönlichen Erklärung zu nehmen. Wir entnehmen diesen Worten: „Alles, was Herr Dr. Adenauer gesagt hat in der Linie, ich hätte ihm die Ablehnung des Grundgesetzes erpressen wollen, um durch seine Bereitwilligkeit meinen angekündigten Angriff gegen den Separatisten Adenauer zu unterlassen ist unwahr und pure Erfindung.... Adenauer ist von der Separatistenbewegung erst abgesprungen, als der Widerstand der rheinischen Bevölkerung ihm die Aussichtslosigkeit dieses Spaltungsversuches klar gemacht hat.“

KPD begrüßt Außenministerkonferenz

Für ein unabhängiges, geeintes demokratisches Deutschland, das mit allen Völkern in Frieden lebt

Frankfurt. (Eig. Ber.) Vom Parteivorstand der KPD wird uns geschrieben: „Die KPD begrüßt den Viermächte-Beschluß in New York über die Einberufung einer Außenministerkonferenz für den 23. Mai und die Aufhebung der innerdeutschen Verkehrs- und Handelschranken als einen ersten Schritt zur offenen Behandlung der Lebensfragen des deutschen Volkes. Im Gegensatz zu gewissen deutschen Politikern, die auf die Vertiefung der Gegensätze zwischen den Großmächten spekulierten, hat die KPD stets in der Verständigung der Großmächte eine Voraussetzung für die Lösung der deutschen Probleme gesehen.“

Das deutsche Volk, das vier Jahre nach Kriegsende noch immer auf einen Friedensvertrag wartet und seine nationale Selbständigkeit noch nicht wieder erlangt hat, erhofft nichts schneller als die Einigung der vier Großmächte über einen gerechten Frieden für Deutschland.

Ausgangsbasis für einen solchen Frieden kann nur das Potsdamer Abkommen sein, das Deutschland als eine wirtschaftliche und politische Einheit betrachtet und die Entmilitarisierung und Demokratisierung ganz Deutschlands zum Ziele hatte. Der in Potsdam vorgezeichnete Weg kann aber nur dann erfolgreich zu Ende gegangen werden, wenn alle einseitigen Maßnahmen, die seither von den Westmächten zur Spaltung getroffen wurden, aufgehoben werden, wenn eine gesamtdeutsche demokratische Regierung gebildet, wenn mit dieser Regierung ein Friedensvertrag abgeschlossen und ein gemeinsamer Beschluß über den baldigen Abzug der Besatzungstruppen gefaßt wird.

Die Einberufung der Außenministerkonferenz und die damit für unser Volk gebene Chance erfordern, daß in Deutschland selbst alle den Frieden und die nationale Einheit hemmenden Bestrebungen ausgeschaltet werden. Die KPD fordert deshalb die sofortige Einstellung der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates in Bonn, damit nicht durch unverantwortliches Handeln deutscherseits ein möglicher Erfolg der Pariser Verhandlungen torpediert wird.

Der Beitrag, den das deutsche Volk in diesen Tagen leisten muß, besteht darin, daß es seinen Willen der Pariser Konferenz und der ganzen Welt mit aller Kraft zu erkennen gibt. Die Welt soll wissen, daß unser Volk nichts anderes will, als ein unabhängiges, geeintes demokratisches Deutschland, das mit allen Völkern der Erde in Frieden lebt.“

Streiks in den USA und England

25 000 Bergleute im nordenglischen Kohlenrevier im Ausstand — 65 000 Ford-Arbeiter im Streik

Manche DM. Dennoch sollen dem deutschen Reparationskonto auf Grund der Washingtoner Vereinbarungen nur 20 Millionen DM gutgeschrieben werden. Ein Kommentar erübrigt sich.

Manche DM. Dennoch sollen dem deutschen Reparationskonto auf Grund der Washingtoner Vereinbarungen nur 20 Millionen DM gutgeschrieben werden. Ein Kommentar erübrigt sich.

65 000 Fordarbeiter streiken

Detroit. In den amerikanischen Fordwerken begann am Donnerstag der zweite große Streik in der Geschichte des Unternehmens. 65 000 Arbeiter legten auf Grund von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Betriebsführung und der Belegschaft über das Produktionsstempo am Fließband die Arbeit nieder. Aus dem benachbarten Kanada wird gleichzeitig gemeldet, daß in der Stadt Asbestos 5000 streikende Arbeiter, die sich bereits seit zwei Monaten im Ausstand befinden, die Straßen besetzt hatten. Aus Montreal und Quebec wurden Polizeiverstärkungen herangezogen.

Streikerfolge in Italien

Mailand. Ueber eine Million streikende Arbeiter aus der Chemie-, Textil- und Maschinenbau-Industrie nahmen am Freitag die Arbeit wieder auf, nachdem zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften eine Einigung erzielt wurde. Der vom Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbund für diese Woche beschlossene Generalstreik wird nicht stattfinden, da mit dem italienischen Industriellenverband in letzter Minute eine Einigung erzielt wurde. Wie jetzt bekannt wird, erzielte der italienische Chemiekonzern „Montecatini“ im Geschäftsjahr 1948 allein einen Reingewinn von 3,18 Milliarden Lire.

Japans Bergarbeiter kämpfen

Tokio. 420 000 japanische Bergarbeiter sind am Samstag wieder in den Streik getreten, nachdem sie kurz vorher bereits vier Tage gestreikt hatten. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhungen. Die Aussichten auf eine baldige Beilegung des Konfliktes sind gering. In den vier Tagen der ersten Streikwelle ist die Kohlenproduktion um rund 100 000 Tonnen zurückgegangen.

Um die deutsche Einheit

Man muß klar erkennen, daß die Beharrlichkeit, mit der die Anglo-Amerikaner die Bildung des westdeutschen Staates als eine vollendete Tatsache darstellen, die Verhandlungen nicht erleichtert. Es ist richtig, daß

die Sowjetregierung, wie das „Weißbuch der USA über die Besprechungen in Moskau“ zugeb, die Durchführung der Londoner Entscheidungen nicht mehr als Bedingung stellte, aber es ist angebracht, zu bemerken, daß sie nichtsdestoweniger „den dringenden Wunsch“ ausdrückte, diese Entscheidungen zu vertagen, und daß es sich überdies heute nicht mehr um die Londoner Empfehlungen, sondern auch um die Vereinbarungen von Washington handelt, die eine Verschärfung gegenüber den Londoner Empfehlungen bedeutet, da in ihnen der Organisation eines separaten westdeutschen Staates eine endgültige Form gegeben wird....

Ist es möglich, in einem einzigen Staat Ostdeutschland, das durch die Durchführung des Potsdamer Abkommens grundlegend umgewandelt wurde, und Westdeutschland, wo die Reaktion sich in Zusammenarbeit mit dem Großkapital auf neue Stärke, zu vereinigen? In gewissen amerikanischen Kreisen gibt man vor, zu glauben, daß dies im Rahmen eines föderativen Staates möglich sei. In Wirklichkeit hofft man aber, zugunsten des Föderalismus in der östlichen Zone die Menschen und die Methoden der Westzonen einzuführen und den deutsch-amerikanischen Trusts und den revanchellusternen Politikern den Teil Deutschlands auszuliefern, in dem die Wachsamkeit der Sowjetunion die Bedingungen zur Entwicklung einer wahrhaft friedlichen Demokratie geschaffen hat.

„L'Humanité“, Paris

Einig haben wir eine starke Position

„So paradox es klingt: allein ohne Regierung haben wir Deutschen im Augenblick die Gelegenheit, den Gang der Dinge zu beeinflussen, mit einer vor den Verhandlungen gebildeten Regierung nehmen wir uns selbst jede Möglichkeit. Eine offene Verzichtserklärung aller deutschen Parteien, im augenblicklichen Stadium eine westdeutsche Regierung zu bilden, verbunden mit der Aufforderung an alle Besatzungsmächte, sich um eine gesamtdeutsche Lösung zu bemühen, würde Wunder wirken. Aber man sieht, entweder die Möglichkeit nicht, die sich uns bietet, oder man hat Angst vor dem eigenen Mut, oder — auch das muß leider gesagt werden — man will eine gesamtdeutsche Lösung überhaupt nicht.“

Die Westalliierten wollen und können uns nicht, so zern sie ihr baldiges Zustandekommen wünschen, die Bildung einer westdeutschen Regierung diktieren. Sie möchten für ihre Verhandlungen mit den Russen eine Waffe in der Hand haben, die nur wir ihnen schmeiden können, auf deren Anwendung wir aber dann keinen Einfluß mehr haben. Wir müssen uns überlegen, ob es im deutschen Interesse liegt, ihnen trotzdem diese Waffe in die Hand zu geben, und wenn wir uns dazu entschließen sollten — was wir als Realisten für gefährlich und gegen unser eigenes Interesse gerichtet ansehen — wenigstens verlangen, daß der westdeutsche Staat so aussieht, wie die Deutschen es für richtig halten. Wir haben in dieser Frage eine starke Position, wenn wir sie nur erkennen, und wenn wir einig sind.“

„Pressedienst für undoktrinaire Politik“

Die Morgengabe!

Vorzeltiger Rücktritt General Clay's



General Clay geht. Daß er gehen wird, konnte für den keine Überraschung sein, der ein klein wenig das Weltgeschehen verfolgte. General Clay geht als ein Letzter aus dem Kreis jener, die eine Zeitlang an der Schalthebelle einer der beiden Pole der Weltpolitik saßen und die die völlige Herrschaft in Washington erstrebten. General Clay war nicht unmittelbar in der Zentrale, aber er stand im Brennpunkt an der Nahtstelle zweier Welten, die Kommandostelle in Washington mehr beeinflussend, als es einer jener tun konnte, die direkten Zugriff zu den Schalthebellen hatten. General Clay geht, und dazu noch vorzeitig. Es geht eine starke, eigenwillige Persönlichkeit, die Tatsachen schaffte, nicht nur für den Gegenspieler im Osten, sondern die auch wesentlich dazu beitrug, die Linie der amerikanischen Außenpolitik selbstherrlich zu bestimmen. Sein Abgang sollte unter voller Wahrung des „Gesichtes“ vor sich gehen. Sollte — denn es ist nicht so gekommen. Er geht, wie er mit eigenen Worten verriet, überrascht von einer Entwicklung, die ihn — ein Blatt der Weltpresse hat es ausgesprochen — überrascht hat. Von dem Moment an des Beginns der Besprechungen zwischen dem USA-Unterhändler Jessup und dem Sowjetdelegierten Malik war General Clay ohne Orientierung geblieben und kaltgestellt. General Clay geht als ein Letzter, als Morgengabe an die Viererkonferenz. -ym-

beiden Pole der Weltpolitik saßen und die die völlige Herrschaft in Washington erstrebten. General Clay war nicht unmittelbar in der Zentrale, aber er stand im Brennpunkt an der Nahtstelle zweier Welten, die Kommandostelle in Washington mehr beeinflussend, als es einer jener tun konnte, die direkten Zugriff zu den Schalthebellen hatten. General Clay geht, und dazu noch vorzeitig. Es geht eine starke, eigenwillige Persönlichkeit, die Tatsachen schaffte, nicht nur für den Gegenspieler im Osten, sondern die auch wesentlich dazu beitrug, die Linie der amerikanischen Außenpolitik selbstherrlich zu bestimmen. Sein Abgang sollte unter voller Wahrung des „Gesichtes“ vor sich gehen. Sollte — denn es ist nicht so gekommen. Er geht, wie er mit eigenen Worten verriet, überrascht von einer Entwicklung, die ihn — ein Blatt der Weltpresse hat es ausgesprochen — überrascht hat. Von dem Moment an des Beginns der Besprechungen zwischen dem USA-Unterhändler Jessup und dem Sowjetdelegierten Malik war General Clay ohne Orientierung geblieben und kaltgestellt. General Clay geht als ein Letzter, als Morgengabe an die Viererkonferenz. -ym-

Die Furcht vor einer Verständigung

Von Willy Grimm

Der Wechselbalg zur Welt gekommen

Bonn hat sich beeilt. Der Wechselbalg „Grundgesetz“ ist auf die Welt gekommen. Einem Brunkenden gleich, dem das Wasser über dem Kopf zusammenschlägt, haben die Politiker Bonn gehandelt. Welch eine Hast! Durch Zeitgewinn glaubten sie, den Schatten überlisten zu können, der über ihnen lag und der dunkler und drohender wurde. Die Versteifung des „Kalten Krieges“ hatte die Verhandlungen in Bonn einfrieren lassen. So war es gewünscht und so wurde es befohlen. Jetzt hat sich der Wunsch geändert und in Bonn versümmte man nicht, mit Tempo durchs Ziel zu gehen. Die bevorstehenden Viererbesprechungen, die Abmachungen über die Aufhebung der Berliner Blockade, haben Wunder bewirkt. Sozusagen über Nacht, in der Nacht, das Licht des Tages scheuend, ist die Bonner Mißgeburt entbunden worden. Die Väter feiern ihr Kind, ohne seiner froh zu werden. Sie reden sehr laut, weil sie von zu vielen Mäkeln die Aufmerksamkeit ablenken müssen.

Warum keine Volksabstimmung?

Das Kind sollen nicht allzuvielen genau besehen. Das Urteil der großen Masse ist unerwünscht, es könnte ein Verdamnisurteil über die Väter werden. Keiner von denen in Bonn erwartet, daß sich das Volk in Westdeutschland zum legitimen Partner der Mißgeburt des Parlamentarischen Rates erklärt. Weil man des Volkes nicht sicher ist, flüchtet man zu den Landtagen. In diesen soll die Mißgeburt über die Taufe gehoben werden.

In den Landtagen liegen die Parteiverhältnisse fest. Auf die Allmacht der Parteidisziplin glaubt man bei den Mitgliedern der einzelnen Fraktionen und damit auch mit einer Mehrheit rechnen zu dürfen. Statt mit dem Volk, mit den von den Parteiapparaten abhängigen Parlamentariern zu reden, ist viel leichter. Demokratie? Alles nach Zweckmäßigkeit.

Spekulationen.

Diese sind nicht eindeutig. Man schießt nach zu vielen Seiten. Wenn der Blick nach Westen gewendet ist, erscheinen uns die Bonner Separatstaatspolitiker wie Jagdhunde ohne Spur. An ihrem Willen, mitzutun im großen Spiel der Politik, fehlt es nicht.

Auch nicht daran, der Bedientenrolle ledig zu werden. Die Politik der Selbstentäußerung ist der schlechteste Weg dazu. Es gibt eine Vasallentreue, die menschlich rühren könnte, ohne daß sie allerdings das Odium der Dummheit und Charakterlosigkeit verliert. Manch ein Portier oder Bürodiener hat seine zusammengesetzten Grochen dem hohen Chef des Hauses angeboten. In der gleichen Rolle erscheinen uns die Politiker von Bonn. Sie wollten auch noch ihr Scherlein zu Lasten des deutschen Volkes in die Schale West der Waage legen, mit der die Kräfte der Welt gewogen werden. Sie wuchern mit einem Pfund, das ihnen nicht gehört und möchten, daß wenigstens ihr guter Wille gewertet wird, wenn das Pfund in der Waagschale nicht sonderlichen Gewichtes ist. Mit einem Pfund in Europa mehr werden die hundert, die die chinesische Revolution in die Waagschale der Welt gelegt hat, nicht aufwogen. Jenseits aller Propaganda: die Ereignisse im Fernen Osten haben die Verständigungsbereitschaft geboren. Mit Spekulationen sind Tatsachen weltgeschichtlichen Ausmaßes nicht zu korrigieren, am wenigstens noch dazu durch solche der westdeutschen Separatstaatspolitiker.

Der Eile in Bonn lag eine zweite Spekulation zugrunde. General Clay hat eine Frist für sein Gehen. Diese soll ausgenutzt werden. Ihm soll das Grundgesetz nach seiner Verabschiedung in Bonn zur Genes-

Badische Landesbibliothek

Die Verfassung ist das Gesetz aller Ge-
setze. Das Bonner Grundgesetz soll die
Verfassung des Westdeutschen Separat-
staates sein. Ob dabei von einem provisorischen
Charakter geredet wird, ist gleichgültig.
Das Gesetz aber des Westdeutschen
Staates, das Grundgesetz des Bonner Grund-
gesetzes, sind Ruhr- und Besatzungsstatut.
Es hängt nicht am Glauben an Freiheit und
eigene Rechte, sondern es hängt letztlich an
dem Veto der Militärgouverneure. Alle
Gesetze der künftigen Bundesbehörden sind
trotz Grundgesetz dem Alliierten Veto aus-
gesetzt. Man tut nur so, als ob man frei
eine Verfassung geschaffen habe, nachdem
man auf der Leitsatz „Londoner Empfehlungen“
auf der ganzen Weststrecke unfehlbar
fest gebunden war. Man tut nur so, als ob
man es für die Zukunft nicht wäre. Mit der
Aufgabe der Einheit Deutschlands und
seiner Souveränität ist die Selbständigkeit
als Politiker a priori aufgegeben worden.
Sie sind Objekt, Werkzeug und bleiben es
als westdeutsche Separatstaatspolitiker.
Subjekt zu sein ist ihren Träumen vorbe-
halten.

Die Furcht vor dem Frieden

Die sich anbahnende Verständigung zwi-
schen Ost und West hat viele in Unruhe
versetzt und erwiesen, daß es gar nicht
wenige sind, denen die Spannung wachsender
Gegensätze, möglicherweise auch die da-
hinterstehende Katastrophe, zum Lebens-
element geworden ist. Die Bonner Separat-
staatspolitiker gehören fast ohne Ausnahme
dazu. Wir können uns trösten — ihre Sor-
gen und Befürchtungen werden am interna-
tionalen Verhandlungstisch sehr wenig
zählen. Es ist aber immerhin aufschlußreich,
daß der erwartete Vorschlag der Sowjet-
union auf Abzug aller Besatzungstruppen
aus Deutschland wie auch das Näherkom-
men konkreter Bedingungen eines Friedens-
vertrages mit Deutschland, sie mit Furcht
erfüllt. Diese Furcht ist das Gegenstück zu
jener der britischen Labourregierung. Dort
ist man in Sorge, daß eine Entgiftung der
internationalen Atmosphäre den Wert des
Atlantikkompaktes vermindern könnte, das
heißt, in Amerika könnte die Zahl der
Stimmen größer werden, die verlangen, daß
bei einer fortschreitenden Befriedigung der
Welt die Milliardenausgaben für den Atlan-
tikpakt abgebaut werden. Es lebt nicht
nur die „sagenhafte“ Kriegsindustrie von
der Rüstung auf den Krieg, sondern der
britische Staat hat sich darauf auch ein-
gestellt, als ob es normal wäre. Die Furcht
vor dem Frieden hat mannigfaltige Ursachen
und belastet einige Unterhändler, die zur
Viererkonferenz gehen.

Was müssen wir gewinnen?

Das Rätselraten, was die nächsten Wochen
bringen, ist groß. Daß man nicht viel weiß,
hindert nicht, daß über alles und recht viel
geredet wird. Welches Schicksal dem „Kalten
Krieg“ beschieden sein wird, wer ihn
verliert oder gewinnt, steht dabei im
Mittelpunkt. Ist das Ende der Blockade Ber-
lins ein Verlieren der Sowjetunion? Wer
wie sie unerbittlich den Frieden ansteuert,
hat dabei nichts zu verlieren. In den USA
gibt es eine Meinung, der beispielsweise
Will Clayton, früher stellvertretender Außen-
minister im außenpolitischen Ausschuss des
amerikanischen Senats Ausdruck verliehen
hat, die besagt: „Wir haben die Schlacht
um Berlin gewonnen, weil es sich hierbei
um ein Transportproblem handelt, ein Ge-
biet, auf dem wir überlegen sind“. Bei Ab-
wägen aber des Für und Wider wird die
Sowjetunion dem „Kalten Krieg“ gewinnen.
Der Westen habe die Schlacht in Griechen-
land nicht gewonnen, habe praktisch die
Schlacht in China verloren und müsse erst
noch den Kampf um den mittleren Osten
austragen.

Wir vermüßten bei der amerikanischen
Meinung den Willen, den Frieden zu ge-
winnen. Die große Mehrheit der Mensch-
heit will keinen kalten und keinen heißen
Krieg, sondern einzig und allein den Frieden
gewinnen.

Die Verzögerung

**„Vergehen gegen die primitivsten
Menschenrechte“**

„Ein Jahr fast ein ganzes Jahr ist seit dem
Tag verflissen, da den deutschen Stellen die
Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes
aufgelegt worden ist... Nicht, daß der La-
stenausgleich noch nicht verabschiedet wurde,
nicht, daß das „Soforthilfengesetz“ der Allier-
ten Gefallen nicht fand, nein, allein der Um-
stand, daß die Feststellung der Schäden, die
Feststellung der Vermögens- und die Rechnungs-
legung der öffentlichen Hand verzögert wor-
den ist, das ist „Vergehen gegen die primitiv-
sten Menschenrechte“ der Kriegsgeschädigten,
die zusammengekommen etwa 40 bis 50 Pro-
zent der westdeutschen Bevölkerung ausma-
chen.“
Mannheimer Morgen.

„Wir wollen die Schlacht für den Frieden gewinnen!“

Manifest des Weltfriedenskongresses

Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut des Manifestes des Weltfriedens-
kongresses, das am 28. April 1949 in Paris angenommen wurde, da dieses bedeutsame
Dokument im Westen Deutschlands nicht im Wortlaut bekannt geworden ist.

Wir, die Delegierten der Völker aus 72 Ländern der Erde, wir Frauen und Männer
aller Zivilisationen, aller Weltanschauungen und aller Hautfarben, wir sind uns der
schrecklichen Gefahr bewußt geworden, die wiederum die Welt bedroht: der Gefahr
des Krieges.

Vier Jahre nach der größten Tragödie der Weltgeschichte werden die Völker aufs
neue in einen gefährlichen Rüstungswettlauf gestürzt. Die Wissenschaft, die das Glück
der Völker sichern sollte, wurde entgegen ihrer Bestimmung gewaltsam kriegerischen
Zielen unterworfen.

In verschiedenen Teilen der Welt flackern noch immer Kriegesfeuer, die durch die
Intervention ausländischer Staaten und die direkte Einmischung ihrer Streitkräfte an-
gezündet und unterhalten werden.

Wir, die wir auf diesem gewaltigen Weltkongreß der Friedenskämpfer vereinigt sind,
erklären feierlich, daß wir uns unseren freien Sinn erhalten haben und daß keine Pro-
paganda unsere Geisteshaltung verändern konnte.

Wir wissen, wer die Abkommen, die zwischen den Großmächten vereinbart wurden,
zerrissen hat, Abkommen, die die Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens verschie-
dener Wirtschaftssysteme bestätigten.

Wir wissen, daß derjenige, der Verträge, deren Ziel darin bestand, den Frieden
zwischen den Völkern zu erhalten, wie einen Fetzen Papier behandelt, und derjenige,
der die Vorschläge auf friedliche Vereinbarungen und die Abrüstungsvorschläge zu-
rückweist und der sich bis an die Zähne bewaffnet, sich selbst zum Aggressor stempelt.

Die Atombombe ist keine Verteidigungs-
waffe. Wir weigern uns, diejenigen als
friedlich anzuerkennen, die einen Staaten-
block einem anderen gegenüberstellen wol-
len. Wir sind gegen die Politik militärischer
Bündnisse, die schon immer entsetzliche
Folgen nach sich zogen. Wir verurteilen die
Kolonialsysteme, das ständig bewaffnete Kon-
flikte und die Gefahr heraufbeschwört, eine
entscheidende Rolle bei der Entfesselung
eines neuen Weltkrieges zu spielen.

Wir verurteilen die Wiederbewaffnung
Westdeutschlands und Japans, wo die
Henker der Welt ihre Waffen wieder erlangt
haben. Der gewollte und organisierte Bruch
zwischen verschiedenen Staaten-Gruppen
hat schon den Charakter einer Kriegs-
blockade angenommen. Die Urheber des
„kalten Krieges“ sind von der gewöhnlichen
Kriegshetze schon zur offenen Vorbereitung
des Krieges übergegangen. Als eine erfreu-
liche Tatsache stellt aber der Weltkongreß
der Kämpfer für den Frieden öffentlich fest,
daß die Völker aufgehört haben, sich passiv

zu verhalten, und daß sie es verstehen, eine
aktive und konstruktive Rolle zu spielen.

Die auf dem Weltfriedenskongreß ver-
einigten Vertreter erklären: Wir sind für
die Charta der Vereinten Nationen, gegen
alle militärischen Bündnisse, die diese
Charta hinfallig machen und zu einem
Kriege führen. Wir sind gegen die erdrük-
kende Last der Kriegsbudgets, die für das
Elend der Völker verantwortlich sind.

Wir sind für das Verbot der Atomwaffen
und der anderen massiven Zerstörungs-
mittel. Wir fordern die Begrenzung der be-
waffneten Streitkräfte der Großmächte und
die Errichtung einer internationalen Kon-
trolle für die Verwendung der Atomenergie
zu ausschließlich friedlichen Zwecken und
zum Wohle der Menschheit.

Wir kämpfen für die nationale Unabhän-
gigkeit und die friedliche Zusammenarbeit
aller Völker und für das Recht der Völker,
in ihren eigenen Angelegenheiten selbst zu
entscheiden. Wir betrachten diese Bedin-

gungen als wesentlich für Freiheit und
Frieden.

Wir wenden uns gegen alle Unterneh-
mungen, die, um den Weg zum Krieg zu
eröffnen, darauf hinauslaufen, zuerst die
demokratische Freiheit zu begrenzen, um
sie später gänzlich unterdrücken zu können.

Wir verurteilen die hysterische Kriegs-
hetze, die Verbreitung der Rassenhetze und
der Feindschaft zwischen den Völkern. Wir
empfehlen, die Aufkündigung und den Boy-
kott aller Presse-, Druck- und Filmerzwei-
gen, sowie den Boykott aller Persönlich-
keiten und Organisationen, die eine neue
Kriegspropaganda betreiben.

Wir errichten die Weltfront für die Ver-
teidigung der Wahrheit und der Vernunft,
um die Propagandisten, die die öffentliche
Meinung auf den Krieg vorbereiten, zur
Unwirksamkeit zu verdammen.

Wir, die wir die Einheit der Völker der
Erde mit Blut besiegelt haben, wir setzen
mit derselben Begeisterung alle unsere
Kräfte für die Sicherung des Friedens ein.
Entschlossen, wachsam zu bleiben, schaffen
wir ein wirkliches Internationales Komitee
der Geisteshelfenden und der demokrati-
schen Organisationen für die Verteidigung
des Friedens und der Wahrheit.

Dieses Komitee wird die breiteste
Öffentlichkeit auf jeden Schritt der Ver-
schwörer aufmerksam machen, die den
Krieg wollen, und ihnen die Kraft des
Volkes entgegenstellen, das fähig ist, den
Frieden zu erzwingen.

Die Frauen, die Mütter, die die Hoffnung
der Welt in sich tragen, mögen wissen, daß
wir die Verteidigung des Lebens ihrer Kin-
der und der Sicherheit ihrer Heimstätten als
eine heilige Forderung betrachten. Die
Jugend möge uns hören und sie möge sich
ungeachtet ihrer Weltanschauung und ihres
religiösen Glaubens vereinigen, um das
Massenmorden aus der Welt zu schaffen
und den Weg in eine glückliche Zukunft zu
finden.

Der Weltkongreß der Kämpfer für den
Frieden, erklärt feierlich, daß die Verteidi-

gung des Friedens schon eine Sache aller
Völker geworden ist.

Im Namen von 600 Millionen Frauen und
Männern, die sich durch ihn vertreten
ließe, richtet der Weltkongreß der Kämp-
fer für den Frieden eine Botschaft an alle
Völker der Erde und ruft ihnen zu: Kühn-
heit und nochmals Kühnheit!

Wir haben verstanden, uns zu vereinigen.
Wir waren fähig, uns zu verständigen. Wir
sind darauf vorbereitet und wir sind ent-
schlossen, die Schlacht für den Frieden zu
gewinnen, und damit die Schlacht für das
Leben!

Verrat des Verräters

Als Antikommunist Nr. 1 innerhalb der
Bonner SPD-Fraktion betätigte sich Dr.
Fritz Löwenthal, der in Form von hetzeri-
schen Zwischenrufen gegen die Sowjetunion,
die KPD und die SED seinen Dank für
langjährige Gastfreundschaft in der Sowjet-
union abstattete. Einem Vertreter des
„Journal de Genève“ gegenüber rühmte sich
dieser Renegat im Januar dieses Jahres, er
habe seine frühere einflussreiche Stelle in
Berlin nur dazu benutzt, um sich aus allen
Akten, die ihm zur Einsichtnahme überlas-
sen wurden, stenographische Auszüge anzu-
fertigen, die er nach seiner Flucht in
Westdeutschland gegen die sowjetische Mil-
itäradministration und die deutsche Ver-
waltung der Ostzone verwenden könne.

Dieser Gesinnungskrotz war dem Par-
teivorstand der SPD als antikommunisti-
sches Paradeferd gerade gut genug. Doch
es stellte sich heraus, daß er mit diesem
Renegaten nicht viel Freude erlebte. Denn
so wie er einst für den Hannoveraner
Parteiorganisator Spitzeldienste leistete, pla-
urierte er nun die Geheimnisse aus der Par-
teivorstandsstunde der SPD vom 20. April
aus und warf seinen neugewonnenen Partei-
freunden in einem Artikel des „Tagesspie-
gel“ vom 3. Mai dieselbe „totalitäre Abhän-
gigkeit“ von einer Parteidisziplin vor,
wie er dies bisher unter dem Beifall der
Schumacher und Ollenhauer in Bezug auf
die Kommunisten getan hatte. Er drohte
sogar damit, den „zweifelhafte dornigen Ver-
such“ zu unternehmen, „eine große wahr-
haft demokratische Partei der deutschen
Linken zu schaffen.“ Jammernd beschwert
sich die Bonner SPD-Fraktion nun darüber,
daß er entscheidende Vorgänge völlig falsch
dargestellt habe und daß seine angeführten
Vergleiche eine schwere Kränkung von
Parteimitgliedern bedeuteten.

Wer sich im Schmutz badet, wird selber
schmutzig. Die Vorteile, die man aus Renega-
ten zieht, sind kurzlebig. Aber der Fall
Löwenthal lehrt noch eins. Folgerichtig
führt der Weg des Renegaten immer tiefer
in den Sumpf. Zuerst verband er sich mit
den rechten SPD-Führern — heute ist er
bereits beim Kolonialanzeiger des Mr. Reger
gelandet.

Angst vor der roten Fahne

Die amerikanischen Besatzungsbehörden
in Berlin haben für ihren Sektor das Aus-
hängen oder Mitführen von roten Fahnen
„unüblich“ des 1. Mai untersagt.

Die Entspannung wird allgemein begrüßt

Eine Umfrage des „Volksecho“

Das „Volksecho“ hat unter der Bevölke-
rung eine Umfrage gehalten, um festzustel-
len, was man sich von der anbahnenden
Verständigung der Großmächte und von der
Aufhebung der Berliner Blockade erhofft.
Es sind zwei Momente, die fast in
jedem Gespräch, das wir führten, wieder-
kehrten: Das Berliner Notopfer wird fallen,
ein Abzug vom Lohn wird weniger sein,
die Umständlichkeit beim Post-Frankieren
mit den leidigen zwei Pfennig wird erspart
werden. Das ist der eine Gedanke. Der
Andere: Der freie Handels- und Wirt-
schaftsverkehr mit der Ostzone wird, so ist
die Hoffnung, eine Bebung bringen und
mildernd auf die Erscheinungen der Krise
in Westdeutschland sich auswirken. Die
Arbeiter denken dabei, daß das Gespenst
der Arbeitslosigkeit, die Unternehmer, daß
das der Absatzstockung gebannt werde.

Aus der Vielzahl unserer Gespräche
greifen wir einige heraus, die wir mit Be-

triebs- und Gewerkschaftsfunktionären
führten.

Stellvertretender Betriebsratsvorsitzende
von Daimler Benz:
Die Aufhebung der Blockade ist zu
begrüßen. Erzeugnisse der Firma Daimler-
Benz fanden immer guten Absatz in der
Ostzone. Die Nachfrage nach unseren Wa-
gen hat auch während der Blockade nicht
abgerissen. Es ist zu erwarten, daß mit
der Öffnung der Zonengrenzen sich das
Geschäft belebt, insbesondere wird der neu
herauskommende 3,5-Tonner Käufer in Ber-
lin und der Ostzone finden.

Betriebsratsvorsitzender Schenkel, Zell-
stofffabrik Mannheim:
Es wird wieder möglich sein, Maschinen
und Maschinenteile aus der Ostzone zu er-
halten. Wir brauchen von dorthin. Insbe-
sondere benötigt der Betrieb für sein
Laboratorium Spezialgläser aus Jena, die
auch während der Abschneidung von nir-
gends andersher zu erhalten waren. Der
Engpaß, in dem wir uns deshalb befinden,
kann hoffentlich in den kommenden Wo-
chen überwunden werden.

Betriebsratsvorsitzender Schulz, Winter-
werb und Streng:

Wir haben ehemals Brauereimaschinen
nach Berlin und in die Ostzone geliefert.
Es ist sicher damit zu rechnen, daß wir
wieder mit Lieferungen beginnen können.
Der Vorsitzende des Mannheimer GWB,
Schweitzer:
Es kann eigentlich nur eine Meinung
geben, die die Verständigung unter den
vier Mächten und die Aufhebung der Blok-
cade zu begrüßen. Das muß man schon
deshalb tun, weil trotz der Luftbrücke,
Berlin unter der Blockade schwer gelitten
hat. Es ist zu hoffen, daß mit der neuen

Regelung auch das Notopfer Berlin in Weg-
fall kommt. Bei den Verhandlungen der
vier Mächte ist zu erwarten, daß eine Besse-
rung der wirtschaftlichen und politischen
Lage eintritt. Die Öffnung der Zonen-
grenze trägt vielleicht auch dazu bei, daß
die Krise in Westdeutschland, die sich an-
bahnt, gestoppt oder wenigstens abge-
schwächt wird. Am besten ließen uns die
Besatzungsmächte allein und gäben uns die
freie Hand in unserer Wirtschaft. Was
würde es zum Beispiel für den Wohnungs-
bau bedeuten, wenn wir die Gelder dafür
verwenden könnten, die wir als Besatzungs-
kosten aufrufen müssen.

Pressestimmen

**Russen und Deutsche haben sich viel
zu bieten**

Jeder von beiden (die Russen und die Deut-
schen. Die Red.) hat dem anderen viel zu
geben. Die Russen können den Deutschen die
Einheit, die Großmachtstellung in Europa, den
Zugang zu den Märkten und notwendigen Er-
zeugnissen Osteuropas und Rußlands bieten
und sie können der Furcht, daß Deutschland
das Schlachtfeld des dritten Weltkrieges wer-
den könnte, ein Ende bereiten. Die Deutschen
können dagegen den Russen vollkommene
Sicherheit vor der strategischen Vereinigung
der Atlantikkpakt-Mächte und den Zugang zu
den industriellen und technischen Hilfsquellen
Deutschlands bieten, wenn das sowjetische
Reich seine Aufmerksamkeit nach Asien lenkt.
Wir brauchen uns nicht einzubilden, daß die
Deutschen und die Russen diese Dinge nicht
schon sehr genau durchdacht haben.
Walter Lippmann in „New York Herald
Tribune“.

Besatzungsstatut behält sich alles vor

Fast in allen Aeußerungen zum Besatzungs-
statut wird gesagt, es werde dafür, ob es ein
Fortschritt sei, auf die praktische Handhabung
ankommen. Sei das nun richtig oder falsch,
so ist doch damit zugegeben, daß das Statut
selbst, so wie es dasteht, keinen Fortschritt
darstellt. In dem Rechtsverhältnis zwischen
den Besatzungsmächten einerseits und dem
deutschen Volk und seinen Organen ander-
seits ist durch das Statut keine Änderung
eingetreten. Daß die künftige Besatzungs-
praxis fortschrittlich sein und das Statut hinter
sich lassen werde, das wollen wir hoffen. Aber
vorerst handelt es sich nur um eine Hoffnung,
nicht um ein Recht...
Es war wohl auch nie von alliierter Seite
beabsichtigt, jetzt schon ein Instrument zu
schaffen, das sie rechtlich bindet. Das Statut
hat gerade diese Offenheit gegenüber anderen
Dokumenten voraus. Es verspricht nichts, und
behält sich alles vor. — „Stuttgarter Ztg.“

Ein Teil des Erdballs wird verändert

M. Dawydow leitet Ströme um / Ob und Jenessej sollen nach Süden fließen / Von Wladimir Juresanskij

Das 4. Heft der Zeitschrift „Die neue Ge-
sellschaft“ berichtet über ein — man darf
wohl sagen sensationelles — Bauvorhaben
des sowjetischen Ingenieurs M. Dawydow,
das darauf abzielt, die riesigen Sandwüsten
Mittelasiens in fruchtbare Baumwollfelder
und blühende Obstgärten zu verwandeln.
Daß solche gigantischen Pläne in der UdSSR
nicht lange Theorie zu bleiben brauchen,
zeigt z. B. die Verwirklichung des großen
Aufstufungsprogramms, von der die Welt-
presse seit einigen Monaten Erstaunliches
meldet.

Wir sind in dem großen Hörsaal des
Moskauer Instituts für Energie. An der
Wand hinter dem Katheder hängen Karten
der Sowjetunion und Schemata eines gran-
diosen Projekts, an dem der Redner, Inge-
nieur M. Dawydow, schon mehrere Jahre
arbeitet.

„Beachten Sie“, sagt Dawydow, „welch
ein großes Mißverhältnis in der Natur
zwischen der geographischen Verteilung der
Wasserabflüsse und den Möglichkeiten
ihrer wirtschaftlichen Ausnutzung besteht.
Schauen Sie sich die Karte an! Im euro-
päischen Teil der Union sind die Wasser-
vorläufe ziemlich begrenzt. Der Südosten
ist außerordentlich wasserarm. Unter der
glühend heißen Sonne liegen Sandwüsten,
die ein blühendes Paradies sein könnten,
wenn es gelänge, sie zu bewässern. Sib-
rien dagegen, durch das die größten
Flüsse der Welt fließen, der Ob, der
Jenessej und die Lena, ist außerordentlich
wasserreich. Doch die Wassermassen von
Sibirien fließen durch die Taiga, durch
Sümpfe, durch Tundren in das Kältegebiet
zum Nördlichen Eismeer. Die Gewässer
Sibiriens fließen zu einem bedeutenden
Teil ohne Nutzen ab. Dieser geographische
Widersinn muß korrigiert werden.“
Dawydow stößt mit dem Zeigestock nach

oben zum Karischen Meer. „Die wasser-
reichen Flüsse von den gefrorenen Tundren
in das heiße Usbekistan, in die subtropi-
schen Gebiete Mittelasiens umzuleiten, ist
die Aufgabe, die jetzt schon zu stellen und
in der allernächsten Zukunft zu lösen ist.“



Die Turanische Niederung, die im Osten
des Kaspischen Meeres liegt, besitzt die
günstigsten Boden- und Klimaverhältnisse
für den Anbau langfaseriger Baumwolle
und einer ganzen Reihe sehr wichtiger
subtropischer Kulturen. Wenn man diese
Niederung mit Wasser versorgen kann,
wird sie mit unerhörter Kraft und Schnel-
ligkeit aufblühen.

In Mittelasien und Kasachstan könnte
man mit dem Wasser des Ob und des
Jenessej über 30 Millionen Hektar Boden
bewässern, was die jetzt bewässerte Fläche
um ein Siebenfaches vergrößern würde.
Die Wassermassen der großen Ströme, die
nach Süden und Südwesten abgelenkt
sind, könnten in der ganzen Länge ihres
neuen Weges für die Erzeugung billiger
elektrischer Energie verwandt werden. Ich
schlage vor, am Ob, unterhalb der Irtysch-
mündung, im Bereich des Dorfes Belogorje,
einen Staudamm zu errichten, der den
Wasserpegel um 60 Meter hebt. Der
Damm bildet einen Stausee mit einer Was-
serfläche, die der Hälfte des Kaspischen
Meeres gleichkommt.“

Hier hören die Karten auf, geographische
Formen und Zeichen zu sein. Sie beleben
sich. Der unerhörte Bau verändert einen
Teil des Erdballs. In der Stimme Dawy-
dows kann man das Entzücken des Erfin-
ders hören, der das Ungewöhnliche ent-
hüllt.

„Das durch den Staudamm gehobene
Wasser des Ob fließt durch seine Neben-
flüsse Irtysch und Tobol durch das Tal des
Flusses Ubogon nach Süden zurück“, fährt
er fort, „dann weiter zur Basis der Wasser-
scheide zwischen dem westlichen Sibirien
und der Aral-Kaspischen Niederung zu
dem sogenannten Turgajtor. Der höchste
Punkt des Turgajtores ist 50 Meter über
dem Wasserstand des zurückfließenden Ob
gelegen, obwohl die durchschnittliche Höhe
des Passes über dem Wasser nur etwa 25
Meter betragen wird.“

„Das ist die allerschwerste Stelle in
meinem Entwurf“, sagt Ingenieur Dawydow.
„Schwer, kompliziert, aber völlig innerhalb
der Kräfte unserer Technik. Man muß
durch den Paß einen Kanal graben, man

muß das Hindernis, das die Natur gestellt
hat, überwinden. Damit das Wasser des Ob
in den Kanal hereintritt und ungehindert
in Richtung des Aralsees fließt, muß man
einen Kanal von 930 Kilometer Länge gra-
ben. Der mit Wasser gefüllte Kanal stellt
sowasagen einen neuen Fluß mit einer Tiefe
von 20 Metern dar. Diesen Fluß können
auch Seeschiffe befahren.“

Das Auditorium lauscht hingerissen. Und
jeder möchte wissen, wer denn überhaupt
dieser Mann ist, der es wagen will, die un-
ermesslichen Weiten der Natur umzuge-
stalten?

Mitrofn Michajlowitsch Dawydow ist
der Sohn eines Arbeiters, der vor der
Revolution am Bau der Taschkenter Eisen-
bahn mitgearbeitet hatte. Er wuchs in der
Station Kasalinks auf und besandete dort
seine erste Schule — eine zweiklassige
Eisenbahnerschule. Dann bestand er als
Externer die Prüfung für die sechs Klassen
des Gymnasiums, lernte in einer Schule
für Wasserbau, in einem Kreisingenieur-
Technikum und erhielt den Titel eines
Ingenieurs für Wasserbau am dem Tasch-
kenter Institut für Ingenieure der Wasser-
wirtschaft. Drei Jahre lang war er an den
Fronten des Bürgerkrieges Kommandeur
von Roten Truppen. Im Jahre 1922 über-
trug man ihm als Spezialisten die Wieder-
herstellung des Bewässerungssystems von
Mittelasien, und er arbeitete dort elf Jahre
lang.

Dann begann Dawydows Arbeit in Mos-
kau als stellvertretender Leiter des Wasser-
energie-Projekts und als Vertreter des Che-
ingenieurs für die Leitung der Großen
Wolga. Nach dem Sieg über Hitlerdeutsch-
land war er für einige Zeit Leiter der Bau-
arbeiten am Molotow-Wasserkraftwerk am
Fluß Kama. Dann widmete er sich ganz
dem Problem der sibirischen Flüsse. Die
Fragen der Wasserenergie und der Bewäs-
serung beschäftigten von Jugend an seinen
Geist und seine schöpferischen Vorstel-
lungen.

Der Appell an verwandte Seelen

„Stelle mich vor, Oberleutnant...! Manchmal stellt sich auch nur ein gewöhnlicher Feldwebel vor, nämlich in irgend einer der Amtsstuben städtischer oder staatlicher Behörden. Es sind keine Einzelfälle, die uns berichten werden.

Es gibt tausend Gelegenheiten in unserem Leben, bei denen wir denken: Wo stehen wir eigentlich bereits wieder? Veit Harlan wird freigesprochen, die aufgesparten „fetten Brocken“ — wie man meinte — schlüpfen samt und sonders durch die Maschen des Entnazifizierungsgesetzes. Die Kriegsgewinnler, die Herren von Schlott und Kraut, rücken wieder ein in ihre „wohlerworbenen“ Plätze und Rechte. Es war gar nicht so schlimm, wie es einmal scheinen wollte, Gestapobeamter oder Mitglied eines Volkserziehungshofes gewesen und an Leid und Tod tausender Menschen schuldig zu sein. Als Täuschung hat sich erwiesen, wenn man glaubte, als Beamter, der dem dritten Reich diente, es nicht auch in der „neuen Demokratie“ tun zu können. Solche Irrtümer gibt es viele. Sie erweisen sich als vorzeitig. Es verschlägt garnichts, „Diplomat“ aus der Schule Ribbentrops zu sein, um nicht bereits wieder auf dem Sprung zu stehen, den Separatstaat Westdeutschland im Ausland repräsentieren zu können. Die Verfehlung deutscher Kriegsverbrechen ist kein Hindernisgrund, die Qualität verbürgerter militärischer Eigenschaften für eine neue Dienststellung zu preisen. Na also! Warum dann nicht auch: „Stelle mich vor...“ Ein Appell der gar nicht so unberechtigt ist, in Amtsstuben verwandte Seelen anzusprechen. Wie ist mancher der Militärs „aller Dienstgrade“ überbracht, nicht immer auf das erwartete Echo zu stoßen. Ja, ja, in den Amtsstuben einer Demokratie — es ist kein Märchen — gibt es wirkliche und nicht nur verkleidete Zivillisten und darunter sogar auch Demokraten.

— y. m. —

Nur für Antisowjethetze erwünscht

Im „Mannheimer Morgen“ beginnt ein aus Rußland heimgekehrter Kriegsgefangener eine erbitterte Zurschützung mit dem Satz: „Seit zehn Tagen bin ich aus russischer Kriegsgefangenschaft wieder daheim und seit zehn Tagen bedeutet dieses neue Leben für mich nichts anderes, als eine unerbittliche Hasterei von einer Behörde zur andern, von einer Dienststelle zur andern.“ Der Heimkehrer schließt mit der verzweifelten Frage: „Soll es tatsächlich so sein, wie man uns in den langen Jahren der Gefangenschaft in bitterem Sadismus glauben machen wollte: daß die Heimat uns längst abgeschieden und vergessen hat?“

Es ist tatsächlich so, lieber Heimkehrer, es scheint nicht nur so. Warum sollte es Dir auch besser gehen wie den Millionen Ostflüchtlingen, den Kriegsoptimern, Witwen, Waisen, den Sozialrentnern, für die seit Jahr und Tag „Sozialmaßnahmen“ erwohnen, wohl auch beschlossene, aber nicht durchgeführt werden. Solange Du noch als Gefangener in Rußland weilst, wirst Du von Wert und „dankbares Objekt“ für die systematische Hetze gegen die Sowjetunion. Sobald Du nun dafür nicht mehr brauchbar bist, ist das Interesse für Dich erloschen, und es bleibt Dir nur der Instanzenweg — die endlose Straße. Aber dem Manne kann geholfen werden: Wie wäre es mit einem Heizvertrag über Deine Erfahrungen im „Sowjet-Paradies“? Das würde das Interesse für Dich vielleicht wieder erwecken.

Und neue Dollars blüh'n aus den Ruinen

Daß die deutsche Industrieausstellung in New York ein Flasko geworden ist, kann auch durch die im krassen Gegensatz zu den Angaben der deutschen Aussteller stehenden Erfolgsmeldungen von amerikanischer Seite nicht verschleierte werden. Die festen Abschlüsse im Betrage von etwas über 1 Million Dollar sind eine lächerliche Angelegenheit, und die deutschen Aussteller, wie z. B. die Volkswagen-Produzenten, klagen darüber, daß der zu hohe Dollarkurs der D-Mark jedes Geschäft erschwert bzw. unmöglich macht. In einem Bericht im Wirtschaftsblatt der Rhein-Neckar-Zeitung heißt es u. a.: „... dann ergibt sich nach Abschluß der Messe als einziges, uneingeschränktes Postivum, daß die Werbung für den Fremdenverkehr am erfolgreichsten und vielversprechendsten (!) war.“ Nachdem dann der Besuch mehrerer hunderttausend Touristen aus USA angekündigt wird, heißt es in dem Bericht weiter: „Aus der Fragestellung dieser Interessenten ergibt sich, daß Deutschland mit einer einigermaßen geschickten Reklame durch seine Trümmer und Ruinen zu einem Touristenland erster Ordnung werden kann.“ Also für unsere Produktion haben die Yankees kein Interesse, nur für unseren Schrott und für unsere Trümmerstätten, in denen noch Millionen zusammengepfercht

Theater und Filme

Jean de la Lune (Hans der Träumer)

Französische Schauspieler im Nationaltheater 6. Mai 1949

Das Gastspiel dieses französischen Ensembles gestaltet sich zu einem Abend erlebter Schauspielkunst, der dem magischen Zauber der Bühne auf Neue bekräftigt und jeden echten Freund des Theaters entzücken mußte. Nichts von der Maniertheit und schwerfälligen Differenziertheit, die so oft den deutschen Schauspielern anhaftet, die Franzosen sind Schauspieler vom Blute her. Souveräne Beherrschung der Ausdrucksmittel und des Raumes, Vereinfachung des Stils, keine komödiantische Uebertreibung der Natur, sondern Selbstverständlichkeit und Natürlichkeit, bei aller gallischen Leichtigkeit und echtem romanischen Temperament. Im Raketenfeuer eines witzigen Dialogs bewegte sich die kleine Ensemble gewandt und sicher, mit vielen a pas ins Publikum, in den ersten Spielminuten schon den Kontakt herstellend. Ueber den Wert dieser Komödie mit dramatischen Akzenten von Marcel Achard, in deren Mittelpunkt eine schöne, sehr begehrte, etwas hysterische Frau steht, läßt sich streiten; es ist eine typisch französische Angelegenheit, mit typisch französischer Erotik aber Marcel Achard versteht etwas vom Handwerk und das ist schon ein großes Postivum. Helene Belanger von der Comédie Française spielte die ungetreue Marceline hinreißend im Lächeln wie im Weinen das Auf und Ab des Frauenherzens wunderbar verdenklichend, mit dem klagenden Vibrato eines Cello in der Stimme in den Momenten der Traurik. Ein besserer Schauspieler und großer Köner: Jean Richard in der Rolle des schwarzen Bräutigams Cléo, eine köst-

Gewalttätigkeiten unter dem Stichwort „Selbsthilfe“

Ein brutaler Hausbesitzer — Eine wieder zu rückgenommene Entscheidung des juristischen Beraters der Stadt — Mieter mit Kapitalbeteiligung sind am Zuge

Der gewalttätige Hausbesitzer Der „Mannheimer Morgen“ und die „Rhein-Neckar-Zeitung“ haben die Geschichte des gewalttätigen Hausbesitzers, Bauunternehmer Andreas Mayer, seinen Ueberfall auf die Mieter im Hause Seckenheimer Straße 87 gebracht. Beide Zeitungen beschränkten sich auf die Aufzählung einiger Momente im Vorgehen des „rabiaten“ Hausbesitzers, der fünf Familien kurzerhand dadurch aus ihren Wohnungen treiben wollte, daß er mit dem Abreißen des Hauses begann.

Für die Bewohner war dieses Ereignis nur ein Höhepunkt des Dramas, das sie als Mieter erleben mußten.

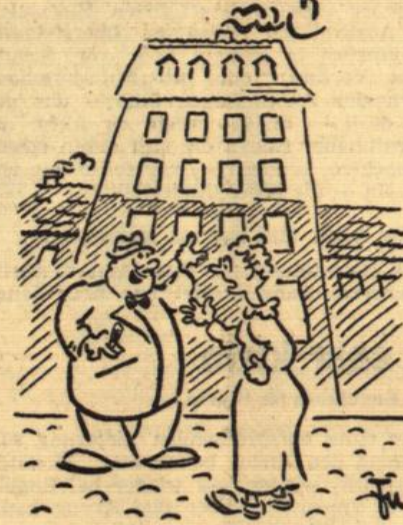
„Wir haben dazu Befehl!“ An jenem fraglichen Tag waren sie ahnungslos, als plötzlich um acht Uhr morgens ein Hämmern und Klopfen über den drei oberen Wohnungen losging und Mauerwerk in die Zimmer fiel und man bald darauf auch oben zur Decke hinausschauen konnte. Der Hausbesitzer mit zwei Söhnen, dem Schwiegersohn und fünf Arbeitern waren am Werk. Auf die Frage der Mieter, was das bedeuten solle, wurde ihnen geantwortet, sie könnten schon längst heraus sein. „Jetzt wird zur Selbsthilfe gegriffen.“ Auf die verzweifelten Vorhaltungen der Frauen, ihr Zerstörungswerk einzustellen, denn sie schlugen nicht nur Wände ein, sondern entfernten auch alle Türen und Fenster, antworteten die Arbeiter: „Wir haben dazu Befehl.“ Die Frauen antworteten treffend darauf: „Die SA und SS hatte bei ihrem Mordhandwerk auch einen Befehl.“ Die Rücksichtslosigkeit dieses Arbeitstrupps ging soweit, daß sie einen Mieter, der sich gegen das Entfernen der Türen wehrte, zu zweit festhielten, um ungestört ihr Handwerk durchführen zu können. Das Erscheinen des Ueberfallkommandos setzte diesem Treiben ein Ende.

Die Vorgeschichte Die Angelegenheit hat eine Vorgeschichte und ein Nachspiel. Die Mieter wohnen seit ungefähr sechs Jahren in diesem Haus. Sie haben Geld hineingehängt, Wände gezogen, Decken erstellt und gemeinsam ein Notdach errichten lassen. Haben so das Haus vor dem völligen Verfall bewahrt und zahlen auch ihre Miete.

Es ist das gute Recht des Hausbesitzers, sich mit dem Gedanken zu tragen, das Haus wieder völlig aufzubauen. Dazu bedarf es

aber auch einiger Voraussetzungen, nicht nur der, über genügend Geld zu verfügen. Wohnraum unterliegt der Bewirtschaftung. Es fällt zunächst Wohnraum aus und Mieter selbstverständlich muß den Mietern anderweitig ein genügender Ersatz für ihre Wohnung gegeben werden. Das sind Dinge, die das Wohnungsamt angehen. Im vorliegenden Falle versuchte der Hausbesitzer Mayer sich die Sache leicht zu machen. Er hat andere Häuser, hat dort schon ausgebaut und ein Zimmer glaubte er, ist genügend für eine Familie, gleich, wie groß diese ist. Die Mieter wehrten sich mit Recht, nur ein Zimmer zu bekommen, wo die Fragen des Wassers, des Kochens usw. vollkommen ungeklärt waren.

Ein häufiger Schachzug Im Hintergrund der Geschichte stand aber nicht bloß der Neuaufbau des Hauses und eine Wohnraumvermehrung, sondern auch ein Schachzug, wie er heute häufig gang und gäbe bei Hausbesitzern ist. Für die Mieter, die dort ihre Wohnung verlieren, standen solche in Aussicht, die für den Bau



„Mit welcher Berechtigung wollen Sie den Mietzins erhöhen?“ „Mit der Erhöhung meines Hauses!“

„Die Firma wird bis zum letzten gehen!“

Die Geschäftsleitung von Columbia Weinheim enthüllt ihr wahres Gesicht. Dr. Giebel will den Betrieb von denen säubern, die Rechte beanspruchen

Die Firma Columbia steht bei der Weinheimer Arbeiterbevölkerung nicht im besten Ruf. Daß derselbe nicht besser wird, dafür sorgt die Geschäftsleitung in Gestalt der beiden ehemaligen Nazis Dr. Giebel und Klotzbach. Insbesondere der Erstere, der sich nach 1945 aus der Ostzone verdrückt hat, ist eifrig bemüht, im Weinheimer Betrieb die übelsten nazistischen Scharfmachermethoden durchzusetzen. Wer dabei im Wege steht soll rücksichtslos beseitigt werden. Schon 1947 mußte sich die Belegschaft in einem dreiwöchigen Streik gegen die Entlassung des damaligen zweiten Betriebsratsvorsitzenden zur Wehr setzen. Damals mußte die Firma einlenken. Heute hat sich Dr. Giebel den Meister Schanz aufs Korn genommen. Sch. hat als Werkmeister Hervorragendes beim Wiederaufbau des Betriebes geleistet, er ist aber auch stets für die Interessen der Belegschaft eingetreten. Im Jahre 1947 war er Betriebsratsvorsitzender und als solcher stand er an der Spitze seiner Belegschaft im Kampfe gegen die Anschläge des Dr. Giebel. Nunmehr wurde Sch. entlassen. Der billige Vorwand war folgender: Im Betrieb wurde plötzlich Nachtarbeit angeordnet. Sch. der als führender Funktionär in der Schachbewegung zu einer wichtigen Sitzung des Schachbundes mußte, blieb etwa 2 Stunden dieser Nachtarbeit fern, nicht ohne vorher als Meister dafür gesorgt zu haben, daß die Arbeit keine Störung erlitt. Entschuldigend konnte er sich bei der Geschäftsleitung nicht, weil keiner

vegetieren müssen, als Schauspiel und Erreger von „thrill“ und „exitement“, zur Sensationsbefriedigung. In der Heidelberger Redaktion hätte man über diesen geradezu ungenehrlchen Satz in dem mit „EG“ gezeichneten Bericht nicht so passieren lassen dürfen, oder glaubt man dort wirklich, daß Mannheim seine grauenhaften Ruinen kommerzialisieren müßte wie Heidelberg sein Schloß?

Argus

der Herren anwesend war. Für Dr. Giebel war das ein gefundenes Fressen, aber das Arbeitsamt Weinheim stimmte der Entlassung nicht zu, wohl deshalb, weil ihm diese Firma bestens bekannt war. Jedoch für was ist sich ein Landesarbeitsamt da, wenn es gilt, gefährdete Scharfmacherinteressen zu wahren. Dort holte sich Dr. Giebel die Zustimmung und nun muß das Arbeitsgericht entscheiden, ob die Entlassung rechtmäßig ist oder nicht.

Die Art wie Dr. Giebel und Klotzbach vor dem Arbeitsgericht auftraten, zeigte wohl am Besten deren Geist und den Zweck, den sie mit der Entlassung verfolgten. „Wir haben ständig unter unserer unbotmäßigen Belegschaft, die Rechte für sich beansprucht, die es gar nicht gibt, zu leiden“, sagte Dr.

Giebel. „Wir können es nicht zulassen, daß ein Gewerkschaftsvertreter in den Betrieb kommt um dort über irgend eine Frage zu verhandeln.“ Die Firma ist entschlossen, in diesem Prozeß bis zum letzten zu gehen, sonst können wir den Betrieb nicht aufrecht erhalten“ usw. Dem als Zeugen erschienenen Betriebsratsvorsitzenden Schwöbel gegenüber schlug Dr. Giebel ein Ton an, wie er etwa auf dem Kasernhof oder bei der SA gang und gäbe war. Eine schärfere Zurechtweisung von seitens des Arbeitsrichters wäre vonnöten gewesen.

Das Gericht kam auch in der letzten Verhandlung — drei waren bereits vorausgegangen — zu keinem Entschluß und vertagte den Fall, zwecks Erhebung neuer Beweise, noch einmal.

Gaspriesehöhung in Weinheim

Bürgerliche Stadtratsmehrheit befürchtet wegen ihrer Entscheidung propagandistisch ins Hintertreffen zu geraten

In Weinheim wurde der Gaspriese um 2 Pfennig pro Kubikmeter erhöht. Die bürgerlichen Parteien zusammen mit der Wählervereinigung setzten mit einer Stimme Mehrheit die Gaspriesehöhung gegen die KPD und SPD durch.

Daß die kommunistische Stadtratsfraktion in der Frage der Gaspriesehöhung zu keinerlei Konzession bereit war, hatte die Sprecher der CDU und DVP veranlaßt, ihr „gewissenlose Propagandapolitik“ vorzuwerfen. Einen solchen Vorwurf, wenn es sich um die Belange der großen Masse handelt, nimmt die Kommunistische Partei gern auf sich. Hätten doch die anderen Parteien, wenn sie schon nicht begreifen, was für die breite Masse des Volkes notwendig ist, aus propagandistischen Gründen Nein gesagt.

Die Kamera enthüllt Bilder von erschreckender Sachlichkeit, ein Milieu Lyone; Seidenfabrikanten, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, die aber ohne tendenziöse Entstellung oder satirischer Verzerrung. Die Skrupellosigkeit dieses nach außen hin so ehrenfesten Bürgertums, seine über Leichen gehende Habgier, die auch vor einem kriminellen Verbrechen nicht zurückschreckt, seine brüchige doppelte Moral, seine spießige Engstirnigkeit und Intoleranz, sein muffiges Milieu, kurz, die ganze Fäulnis dieser sozialen Schicht ist vom Autor meisterhaft gezeichnet und es fehlt auch nicht an ironischen Lichtern. „Süßen der Gesellschaft“ könnte dieser Film auch heißen, wie Ibsens bekanntes Schauspiel, zu dem auch eine gewisse Paralleleität besteht. Wie widerlich sind doch diese Spießer, wenn sie sich seelisch entblößen vor dem „Schatten der Vergangenheit“, den Mann, den sie vor 20 Jahren fast vernichteten, der ihnen nun als gereifte Persönlichkeit gegenüber tritt.

Louis Jouvet drückt diesem Film den charakteristischen Stempel auf. Dieser große Künstler gibt dem „Schatten der Vergangenheit“ sein markantes Profil und sarkastisches Lächeln, nicht ohne Wehmut, nicht ohne psychologische Vertiefung und die Weisheit des Enttäuschten. Die aparte Gaby Morlay spielt die Jungeliebte mit der fraulichen Wärme und auch der Oberflächlichkeit, die dieser schwankenden Frau anhaftet. Die sich um die beiden gruppierenden Typen sind gut gezeichnet und von der Regie meisterhaft geführt. Kein geringerer als Arthur Honegger schrieb die Musik zu diesem sehr nachdenklich machenden Spitzfilm.

Franz Mohr.

den geringsten Dunst hat. Die Schlußfolgerung aber: Das, was dabei rauschaut, erscheint noch schlimmer.

Als der Fall Seckenheimer Straße durch den Widerstand der Mieter doch etwas kritischer wurde, hat der juristische Berater der Stadt sein erstes Urteil wieder aufgehoben. Er nahm anscheinend an, daß im Streitfall dieses nicht bestehen würde. Dem Hausherr Mayer hatten alle Wege und vielleicht auch Bekanntschaften nichts genutzt. Und so kam es dann zu seiner berühmten „Selbsthilfe“ mit dem bekannten Vorfalle.

Der rabiate Hausherr privat Vielleicht hat der, der sorglos die Schilderung des Vorfalles liest, eine falsche Vorstellung von dem Hausbesitzer Mayer. Der ist nämlich sonst garnicht so. Er ist kein unbekanntes Mitglied der katholischen Kirchengemeinde. Er hat einen eigenen Bestuhl in der Kirche und bei der Prozession läuft er hinter dem Himmel Unverständlich! Unverständlich! Daß er trotzdem so gewalttätig sein konnte.

Nichts wurde wieder gut gemacht Die Geschichte ist noch nicht aus. Trotz der beiden Zeitungsartikel und trotz einer amtsgerichtlichen Verfügung, die dem Hausbesitzer auferlegte, den alten Zustand wieder herzustellen und ihm das Betreten der Wohnungen verbot, hat sich im Hause Seckenheimer Straße 87 nichts geändert. Die Löcher in den Decken sind geblieben, die Fenster und Türen sind weiter verschwunden. Dem Hausbesitzer fällt es garnicht ein, der Aufforderung nachzukommen.

Noch diese Woche, am Freitag, soll nun die gerichtliche Entscheidung in der Räumungsfrage erfolgen. Die Gerichtsverhandlung betrifft nicht die Rücksichtslosigkeit seines Vorgehens, sondern sie hat den Sinn, den Entschluß zu bringen, ob dem Hausbesitzer das Recht zum Räumen gegeben wird. Er ist also schneller in der Angelegenheit vorwärts gekommen, einen gerichtlichen Entschluß herbeizuführen, als es normalerweise der Fall gewesen wäre. Er wird gegebenenfalls also noch belohnt für sein Vorgehen.

Dieser Verhandlung am Freitag sieht der Hausbesitzer wahrscheinlich mit größerer Ruhe entgegen als jener, die noch wegen Hausfriedensbruch kommen wird. — y. m. —

Meine Meinung
(Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einwendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.)

Sozialer Wohnungsbau?

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß außer dem großen Plänechmieden, wirklich die Initiative ergriffen wurde und man in Mannheim Wohnungsbau und beabsichtigt zu bauen. Das erste Projekt von 120 Wohnungen ist sogar nahezu fertig. Schön, sehr schön, aber wer wird die Wohnungen beziehen? Der Mietpreis beträgt für eine Zwei-Zimmer-Wohnung 69 DM. Glaubt man denn tatsächlich, ein Arbeiter oder ein kleiner Angestellter konnte in den heutigen Verhältnissen für eine solche Wohnung 69 DM aufbringen? Wer benötigt am dringendsten menschenwürdigen Wohnraum? Es sind dies die kleinen Leute, die in den Bunkern, Kellern oder zusammengepfercht in kleinen Räumen hausen müssen. Für diese Menschen muß in erster Linie gesorgt werden. Ein Arbeiter kann sich doch eine Wohnung nicht leisten, es sei denn, auf seinem Spießzettel steht die ganze Woche Pellkartoffeln mit Salz geschrieben.

Hier ein kleines Beispiel aus dem täglichen Leben gegriffen: Ein Arbeiter. Sein Kind ist ständig krank, seine Frau, durch die unhaltbaren Zustände des einzigen Unterkunftsraumes, den sie besitzen, in ein Sanatorium gebracht worden, Symptom: Tbc. Er könnte nun doch eine Wohnung beziehen. Die Miete ist natürlich unerschwinglich. Auf dem Wohnungsamt ein bedauerndes Achselzucken. Man sagte ihm, daß keine Aussichten vorhanden wären, eine billigere Wohnung zu bekommen.

Die Stadt Mannheim hat durch die Gemeinnützige Baugesellschaft den Bau der neuen Wohnhäuser finanziert. Die Stadt ist arm, das Wissen wir. Aber verstehen können viele nicht, daß man zur gleichen Zeit für die Restaurierung des Rosengartens, nur um eine repräsentative Gaststätte zu besitzen, 250000 DM genehmigt hat.

Wenn die Stadt ein soziales Programm durchführen wollte, dann könnte man diese Summe dazu verwenden, die Mietpreise der Neubauwohnungen für die Schaffenden erschwinglich zu gestalten. Würde man diese Gelder dem Bauprojekt zuwenden, könnte man den Mietpreis der 120 Wohnungen für sieben Jahre um 20 DM ermäßigen. Dadurch wäre es möglich, 500 wirklich wohnraumbedürftige Menschen unterzubringen. Das Nationaltheater benötigt pro Vorstellung 3000 DM Zuschuß, die aus öffentlichen Geldern bestritten werden. Wir gehen alle gerne ins Theater und nichts soll über Kunst und Kultur gesagt werden, aber ein menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen wäre wahrhaftig auch eine große kulturelle Leistung. Alles zu seiner Zeit. Das Theater könnte man ruhig einer Privatsgesellschaft überlassen.

W. K.

Unter der Rupe

Das „beleidigte Rathauser“ Die haben keine Ruhe, bis für alle draußen seht“, sagte der Schuldner von Altlußheim zu seinen Putzfrauen. Unter „die“ verstand er offenbar die Gemeindeverwaltung. Wegen „Beleidigung des Rathauses“ wurde er fristlos entlassen. Auf den Einspruch der Gewerkschaft hin ist diese fristlose Entlassung wieder zurückgenommen worden, offenbar nur, um den „Unbotmäßigen“ anderswo los zu werden. Die Gelegenheit gab sich bald bei den Personal-einsparungen, auch der Schuldner, der erst seit 1945 im Amt ist, also nicht aus dem dritten Reich stammt, mußte gehen. Vor dem Arbeitsgericht, welchem der Fall vorgelegt worden war, konnte die Behauptung des Bürgermeisters Sam, daß die Entlassung nur aus Ersparungsgründen und nicht aus Rache erfolgt sei, natürlich nicht widerlegt werden. Zu einer kleinen Abfindung von 30 — DM erklärte sich der Bürgermeister „schweren“ Herzens vergleichsweise bereit. Ein schwacher Trost für den nun arbeitslos gewordenen Schuldner.

K. G.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3. 16. Verantwortlich für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 3. 10. Tel. 432 60. — Vertrieb- und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S. 3. 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrolleinstellung für Württemberg-Baden. — Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1. 4-4. — Auflage: 20.700.

Wenn sie nicht mehr anders können...

„Csardas-Kommunismus an der Donau“ Einem dieser Tage im „Mannheimer Morgen“ unter diesem Titel erschienenen Artikel entnehmen wir:

„Jeder, der Gelegenheit hat, nach Budapest zu kommen, wird die Feststellung machen müssen, daß das Leben in der ungarischen Hauptstadt nicht im geringsten den Vorstellungen entspricht, die man sich über ein Land machen kann, in dem der Kommunismus praktisch die Zügel in der Hand hält.“

Es wird im weiteren geschildert, daß die Schaufenster unter der Fülle des Gebotenen fast zusammenbrechen, fröhliche und offenbar unbesorgte Menschenmengen die Lokale bevölkern und die Frauen ebenso elegant gekleidet sind wie in Paris. 71 Prozent aller Industrieunternehmen seien verstaatlicht, das „Fahrrad-Programm“ der Regierung wirke sich in einer Unzahl dieses billigen Beförderungsmittels in Stadt und Land aus.

Immerhin ist es erfreulich, daß auch einmal in einer bürgerlich-lizenzierten Zeitung Tatsachen anerkannt werden, wenn auch am Schluß des Artikels die Ursachen dieser Erscheinung nicht dem sozialistischen Charakter des Aufbaues zugute gehalten werden, sondern dem „Charakter des ungarischen Volkes, in dem ein ungestümer Wille zu einem „Leben der Freude“ schon immer vorherrschend war.“

Nun ja, wir haben immerhin Verständnis für diesen Taschenspielertrick, genau so, wie wir Verständnis für jeden Spitzbuben haben, der vor dem Kadi nur das zugesteht, was einfach nicht mehr zu bestreiten ist und im übrigen alles andere zu vernein versucht. Man kann ja nicht gut verlangen, daß man dem verängstigten Bürger gleich die ganze Wahrheit unverfälscht um die Ohren schlägt und seine Wunschtraum-Vorstellungen über die Länder, „in denen der Kommunismus praktisch die Zügel in der Hand hält“, brutal zerstört. Auch verstehen wir, daß man den berufsmäßig gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien hetzenden und ständerkundigen Demagogen der „überparteilichen“ Lizenzpresse und in Gestalt gewisser Kurzkomentatoren von Radio Stuttgart nicht das ganze Konzept vermasseln kann, was zwar für diese Hetzer kein Hinderungsgrund wäre, ihrem verbotenen Haß gegen den Sozialismus weiterhin die Zügel schießen zu lassen.

Entscheidend ist, daß es in Ungarn sozialistisch sichtbar aufwärts geht. Aber bei dieser für alle Stänklerer beunruhigenden Tatsache handelt es sich sozusagen erst um die beginnenden „Wehen“ eines zum Licht strebenden neuen Lebens. Das eigentliche „freudige Ereignis“ in Gestalt einer aufgeblickten, krisenfesten sozialistischen Wirtschaft ohne Arbeitslose, Jedermann-Programm und Kulliföhne — diese bittere Pille demagogisch-propagandistisch zu „verarbeiten“, bleibt unseren kapitalistischen Soldschreibern und -Rednern vorbehalten. Zu allem Uebel wird man dann andererseits gleichzeitig konstatieren müssen, daß die Völker der sogenannten westlichen Zivilisation unter den Schlägen des sich in den Krämpfen der unvermeidlichen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise windenden Kapitalismus stöhnen, deren erste Anzeichen wir schon jetzt diesseits und jenseits der westlichen Grenze Trizoniens feststellen können.

Darüber hinaus wollen wir unseren verehrten Hetzern schon heute verraten, daß zu ihrem Leidwesen die schon jetzt in Ungarn zu beobachtende erfreuliche sozialistische Entwicklung sich nicht nur auf diese Volksdemokratie beschränken wird, sondern daß sie in allen Volksdemokratien zu Tage treten wird, in der einen früher, in der anderen später, je nach dem von den Volksdemokratien übernommenen Erbe kapitalistischen oder halbfeudalen Unrats.

Protestversammlungen der Gewerkschaften

Retner fordern Durchführung des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes

In allen Mannheimer Stadtteilen veranstaltet der Gewerkschaftsbund öffentliche Versammlungen zum Thema: „Sozialversicherungsanpassungsgesetz“. Die bisher durchgeführten Versammlungen waren durchwegs besonders aus den Kreisen der Invaliden- und Angestellten-Rentner, stark besucht. Die Sprecher des Gewerkschaftsbundes bezeichneten das Sozialversicherungsanpassungsgesetz nicht als eine ideale Lösung für die sozialen Nöte der Rentner, doch sei es geeignet, wenigstens die größten Mängel zu beseitigen. Die Invaliden- und Angestelltenrente sollte nach dem Gesetz um 15,- Mark pro Monat erhöht werden. Die Festlegung einer Mindestrente von 50,- Mark (bisher gab es noch Sätze von 20,-, 30,- und 40,- Mark). Bei der Witwenrente würde der Mindestsatz 40,- Mark, die Erhöhung 12,- Mark, und bei der Waisenrente der Mindestsatz 30,- Mark und die Erhöhung 6,- Mark betragen. Ferner war vorgesehen, daß Invalidenrentner bei 50prozentiger Erwerbsunfähigkeit in den Genuß der Rente kommen sollen. Man könne den Gesetzgebern nicht den Vorwurf machen, daß sie Mittel bewilligt haben, ohne für die Deckung der Ausgaben Sorge zu tragen. In dem Gesetz sind die Deckungsmöglichkeiten genau bezeichnet, aber trotzdem haben die Militärregierungen verfügt, daß das Gesetz nicht durchgeführt werden dürfe. Für die Haltung der Militärregierung seien auch deutsche Stellen verantwortlich zu machen, es waren die Finanzminister der Länder, und auch Arbeitgeberkreise, die bei der Militärregierung vorstellig geworden sind und erreicht haben, daß das Gesetz nicht zur Durchführung gekommen ist. Neue Verhandlungen seien angebahnt, die Invaliden- und Angestelltenrentner müßten sich aber geschlossen hinter die Forderung der Gewerkschaften stellen. In allen Versammlungen wurden Entschließungen vorgelegt und angenommen, die die baldige Durchführung des Anpassungsgesetzes fordern.

Genosse Nikolaus Kolb 65 Jahre alt

Einer unserer ältesten Genossen, Nikolaus Kolb, Luzenburger, feierte am 10. Mai seinen 65. Geburtstag. Seit seiner frühesten Jugend arbeitete er aktiv in der Arbeiterbewegung mit. Die Ortsgruppe Luzenberg ist ohne ihn nicht zu denken. Unseren herzlichsten Glückwunsch!

Der Werdegang des Preises eines Damenkleides

Ein Duisburger und ein Mannheimer Geschäftshaus — Wer steckt die Differenz von 10 auf 35 DM ein?

„Es war einmal...“

Wenn es Randerscheinungen wären, verdienten sie gelegentlich nebenbei erwähnt zu werden. Als solche werden sie auch häufig abgetan. Zu Unrecht. Es ist eine Zentralerscheinung in unserem Geschäftsleben, Preise so festzusetzen, daß sie einen Gewinn abwerfen, der den aus früheren Zeiten übernommenen Begriffen einer „anständigen“ Kalkulation und Geschäftsgebarung Hohn spricht.

Geschäft und Moral standen immer — so dünkt uns — auf Kriegsfuß. Wollen wir aber nicht streiten und einräumen: es gibt auch eine gute Geschäftsmoral. Müßen wir aber dann nicht in einer Vielzahl von Fällen dahinter setzen: „Es war einmal...“

Oft trägt der Schein

Es gibt ehrwürdige alte Geschäftshäuser in noch älteren und ehrwürdigeren Straßen. Auch in unserer durch allerhand Erfahrungen des Schwarzmarktgeschäftes und Kompensationshandels gewitzigten Zeit würden Menschen an einem solchen Haus vorbeigehen, vielleicht auch darin kaufen, ohne auf den Gedanken zu kommen, in diesem Haus übers Ohr gehauen zu werden. Der gesunde Menschenverstand irrt oft und noch öfter trägt der Schein.

Eine große Firma sehr klein

Erlebnis eines armen Teufels mit Engelhorn & Sturm

Er gibt es auf, mit der großen Firma Engelhorn & Sturm in Mannheim zu rechnen. Der kleine Mann aus Weinheim, Kriegsinvalide und politisch Verfolgter, schließt so seinen Bericht, den er uns machte, nachdem er vorausgeschickt hatte, daß er „seinen Verlust trägt, dabei aber um die Erfahrung reicher geworden sei, daß Vertrauensseligkeit gegenüber Geschäftsleuten, nur weil sie einen großen Namen haben, ein Stück sträflichen Leichtsinns ist.“ Wir stimmen ihm zu und sind wie er über die Kleinlichkeit einer großen Firma verwundert.

Wir wollen den Fall nicht in allen seinen Einzelheiten, dem Hin und Her von Schreiben zwischen ihm und Engelhorn & Sturm, noch die Wendungen anführen, die sich aus einer noch nicht zu Ende geführten und jetzt aufgegebenen Klage vor Gericht ergaben. Ein ganz einfacher Tatbestand enthält den Kern der Dinge. Er besteht darin: Besagter armer Teufel kommt Anfangs des Jahres 1948 — RM-Zeit — zur Firma Engelhorn & Sturm, bietet zwölf Meter einwandfreien Markisenstoff an, erhält für die zwölf Meter insgesamt 40 RM (1) bezahlt. Als Gegenleistung will er einen Herrenanzug, Größe 94 gegen Bezahlung. Die Textilpunkterrechnung wird dabei glatt gemacht. Engelhorn & Sturm geht auf den Vorschlag ein; ihn zu realisieren hatte es nur die Schwierigkeit, daß die gewünschte Größe nicht vorhanden ist. Also, nach Ein-

Daß Jedermann-Schulle, wie wir kürzlich berichteten, mit einem Aufschlag von 75 Prozent — im Jedermannpreis war auch schon eine Verdienstspanne enthalten — verkauft wurden, mag ein Betrugfall sein. Daß eine Kontrolle in Textilgeschäften unserer Nachbarstadt eine Häufung von empfindlichen Preisübersteigerungen zutage förderte, trug schon mehr allgemeinen Charakter. Wo 30 bis 35 Prozent Aufschlag eingeräumt waren, lag der Verkaufspreis ca. 80 Prozent über dem Einkaufspreis. Es gab kaum einen Fall, der ohne Beanstandung verlaufen wäre, wenn es auch nicht jeder Firmeninhaber in gleichem Maße toll trieb wie jener unseres angeführten Beispiels. Eine Absicht, die Preise zu übersteigern, lag natürlich in keinem Falle vor. Schuld trugen „Versehen“ oder das „Mißverstehen“ bestehender Anordnungen und — das gehört dazu — meist waren es nicht die Firmeninhaber selbst, die sich deren schuldig machten, sondern — wie sollte das anders sein — die bösen Angestellten.

Ein Licht fällt auf ein Damenkleid

Die Bewaffung mit den Preisvorschriften unseres Landes setzt uns noch lange

treffen einer entsprechenden Lieferung soll der Mann den Anzug bekommen. Monatslang spricht wieder und wieder bei Engelhorn & Sturm vor, aber der Anzug kann ihm nicht verkauft werden. weil keine passende Lieferung eingetroffen sei. Inzwischen ereignet sich das „Währungswunder“, und der kleine Mann aus Weinheim erlebte noch ein zweites Wunder mit der Firma des so guten Namens. Wochen nach der Währungsreform bekommt er den Bescheid, nunmehr den Anzug zu DM-Preis bei Engelhorn & Sturm abholen zu können. Er kann es nicht, denn ihm fehlt das Geld und er hat auch das Gefühl, daß ihm ein Unrecht geschieht und rührt sich darob. Die Großzügigkeit der Firma reichte nur so weit, auf ihre Gewinnspanne beim Preis des Anzuges zu verzichten. Die Rechnung des armen Teufels bei diesem Geschäft ist fürchterlich einfach. Zwölf Meter Markisenstoff hat er gegeben. Heute ist ein Meter dieser Qualität um die 15 DM wert. Praktisch hat er den Stoff so gut wie verschenkt (40 RM), wofür er heute die „Verpflichtung“ hat, sich einen Anzug mit ungefähr 20 Prozent Preisnachlaß kaufen zu können.

Uns leuchtet das Verhalten der in gutem Rufe stehenden Firma nicht ein. Wir verstehen ihr Verhalten menschlich nicht, noch will es uns eingehen, daß sie sich damit geschäftlich genützt hat.

Überparteiliche Einheit der VVN unerschütterlich

Der internationale Befreiungstag in Hamburg — Einreiseerlaubnis verweigert

Hamburg. Wer unter dem Eindruck der heftigen Kämpfe seitens der SPD-Führung gegen die VVN glaubte, daß ein Bruchmeidlich sei, wurde durch den Kongreß der FLAPP am 7. Mai eines Besseren belehrt. Etwa 3000 Delegierte aus allen vier Zonen Deutschlands und aus dem Ausland legten in Hamburg ein klares Bekenntnis zur Überparteilichkeit der VVN und zu unerschütterlicher Einheit ab.

Dies wurde besonders durch die Zusammensetzung des 24köpfigen Präsidiums unterstrichen. Neben Max Reimann saßen der katholische Pfarrer Floßdorf-Düsseldorf (Zentrum), der Generalstaatsanwalt Dr. Auerbach (SPD), der Liberaldemokrat Engelhard-Hamburg. Das Präsidium führte der öffentliche Ankläger im Schachtprozeß Ketterer-Stuttgart (christlicher Demokrat). Erwähnt seien u. a. noch Willi Heidorn, Vorstandsmitglied der SPD Hamburg, Dr. Schwering-Köln MdL (CDU), Rosa Thälmann, der evangelische Pfarrer Siedersleben und Grete Kuckhoff.

Die ausländischen Delegationen, die sich aus 17 europäischen Ländern angemeldet hatten, konnten ihre Verbundenheit mit ihren deutschen Kameraden nur durch Begrüßungstelegramme bekunden, da die britische Militärregierung ihnen die Einreise nach Hamburg verweigert hatte. Lediglich der französische Abbé Louis hatte sich den Weg nach Hamburg mit zwei Kameraden aus Frankreich und Holland durchgekämpft und wurde von den Delegierten stehend durch minutenlangen Beifall begrüßt.

Alle Redner des Kongresses betonten übereinstimmend, daß nur der eiserne Zusammenhalt aller Widerstandskämpfer über Parteien und Konfessionen hinweg den Weg in eine bessere Zukunft ebenen kann.

Er wurde geschnappt

Der Metzgermeister W. in Mannheim hatte Pech gehabt. Wie das in der Geschäftswelt so üblich war, hat auch er in den Jahren 1946/47 sein zu 30 Prozent zerstörtes Mietshaus auf dem Kompensationswege wieder aufgebaut. Kompensiert wurde Fleisch, welches Metzger W. von dem Schwarzhändler Schmitt aus Neckarau bezog. Sein Pech war, daß dieser Schmitt hoch ging und automatisch eine ganze Menge seiner Abnehmer mit in den Strudel hineinzog, darunter auch W. Etwa fünf Zentner Fleisch will er insgesamt auf unrechtmäßige Art von Schmitt bezogen haben, wohl etwas wenig, um damit ein fünfstöckiges zu 30 Prozent beschädigtes Haus wieder aufzubauen, und außerdem noch einen Teil des Fleisches für 10 RM pro Pfund im Laden schwarz zu verkaufen. Aber mehr wie fünf Zentner konnte dem Angeklagten durch den Staatsanwalt nicht nachgewiesen werden. Das Mannheimer Schöffengericht erachtete fünf Monate Gefängnis und 600,- DM Geldstrafe als eine ausreichende Sühne.

Urlaubsvergütung muß bezahlt werden

Mannheim. Die Allgemeine Hoch- und Ingenieurbau-AG, Mannheim, hatte eine originelle Begründung dafür, daß sie ihren Arbeitern keine Urlaubsvergütung gewähre. Sie wollte angeblich nicht gegen die Tarifordnung verstoßen und hat deshalb etwa 50 entlassenen Arbeitern keine Vergütung für den noch ausstehenden Urlaub bezahlt. Nach dem Tarif wäre eine solche Vergütung erst am Ende des

Brausender Beifall belohnte den Sprecher der Ostzonen-CDU, Heinz Fried, als er nach seiner Ansprache auf Max Reimann zuschritt und ihm herzlich die Hand schüttelte. Als einzige deutsche Partei hatte die SPD jegliche Anteilnahme an dem Kon-

Um Sie der Allgemeinheit nutzbar zu machen

Aufhebung der Allmend in Sulzbach beantragt

Die Kommunistische Partei in Sulzbach hat im Gemeinderat ein Problem aufgebracht, das im Interesse des überwiegenden Teiles der Sulzbacher Bevölkerung liegt. Es ist die Verteilung des Bürgernutzens (Allmend). Heute kommt nur etwa der vierte Teil der Einwohner in den Genuß dieses Bürgernutzens und dies erst in sehr hohem Alter. Das volle Allmend kann den Bürgern erst etwa in ihrem 65. Lebensjahr zugewiesen werden. Meist können sie es dann nicht einmal mehr selbst bearbeiten.

Objektiv gesehen wirkt sich der Bürgernutzen als ein Ungerechtes gegenüber den Einwohnern aus, die nicht bürgernutzungsrechtlich sind, die aber die große Mehrheit darstellen. Es wird von ihnen auch als solches empfunden.

Die Kommunistische Partei in Sulzbach hat nun durch ihren Gemeindevorsteher, Gemeinderat Hilker, einen Antrag auf Aufhebung des Bürgernutzens zugunsten der All-

nicht in die Lage, als erfolgreiche Krieger gegen die hohen Preise auszuweichen. Auch wenn wir uns nicht täuschen lassen von der soliden Fassade eines Geschäftshauses, sind wir nicht sicher, hinter das „Geheimnis der Dinge“ zu kommen, soweit sie mit den Preisen zu tun haben. Oft sind die Wege, schwarz auf weiß etwas vor die Augen zu bekommen, sehr schwer und verschlungen. Um beispielsweise den Verkaufspreis eines Damenkleides, das wir im Schaufenster eines Mannheimer Geschäftshauses sahen, zu ermitteln, bedurfte es der Ablehnung eines von dem Lieferanten des Duisburger Zentralkaufhauses beantragten Vergleichsverfahrens. Die Schwierigkeiten, die dazu führten, interessieren uns nicht, aber von so weit her — aus dem Rheinland — fällt ein Licht auf das mit 35,90 DM ausgeschriebene Kleid unsres besagten Schaufensters. Wie sich ergab, ist der Einkaufspreis, den unser seriöses Geschäft dafür zahlte, 20,40 DM. Die Handelsspanne ist horrend überschritten, denken wir zunächst und fügen mildernd hinzu: Na, heute ist das die Norm, wenn es auch unverschäm ist. Auf die Handelsspannen konzentriert sich im allgemeinen das Interesse und um ihre Größe geht das Streiten der Parteien.

Preisgeheimnis

Diesmal haben wir noch etwas tiefer reingeschaut. Wir haben Kenntnis erhalten über den Erzeugerpreis des Kleides. Es benötigt ungefähr vier Meter Musselinstoff. Diese stehen in der Kostenrechnung mit zusammen 10 DM. Der Fertigungslohn ist mit 4,25 DM festgesetzt, wozu noch 1 DM kommt — vielleicht sind es auch eingerechnete Geschäftskosten — was einen Erzeugerpreis von 15,25 DM für das Kleid ergibt. Der Verkaufspreis an den Einzelhandel von 20,40 DM läßt uns aber noch nicht alles erfassen. Schön, könnte man sagen, von 15,25 DM auf 20,40 DM, rund 30 Prozent Verdienst, das entspricht einer normalen Kosten- und Gewinnrechnung. Wir setzen ein „Aber“ dazu, denn die Fertigung des Damenkleides erfolgte ja nicht im Duisburger Zentralkaufhaus, sondern war in Auftrag gegeben. Der eigene Unkostensatz stellt also ein Minimum dar.

Da sollst Du noch leben können!

Im Preis für den Stoff und im Fertigungspreis stecken bereits Gewinne. Wir kommen summarisch zu dem Schluß, daß auf eine Arbeit, die einen Wert von rund 10 bis 11 DM verkörpert, eine erdrückende Last verschiedener Gewinnspannen und begründeter und unbegründeter Unkosten und Steuern von 24 bis 25 DM kommen. Armer Arbeiter! Und da sollst Du noch leben können, wenn die, die nichts oder wenig tun zwei Drittel Deiner Arbeit müheles einkassieren. Und arme oder schwindelhafte Wissenschaft, die uns einredet, daß die Wirtschaft sich normalisiere. W.G.

Gen. Menrad gestorben

Ein Sozialist aus der Zeit des Bismarckschen Sozialistengesetzes

Einer unserer Ältesten, Genosse Menrad in Ladenburg, ist aus unseren Reihen geschieden. Ein ganz Alter. Er trat schon zur Zeit des Bismarckschen Sozialistengesetzes in die Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Als aktiver Funktionär der Sozialdemokratischen Partei arbeitete er mit zäher Energie in seinem Heimatstädtchen Ladenburg und den darum liegenden Landorten unter der Bevölkerung, um Mitkämpfer für seine sozialistische Idee zu bekommen. Eine große Enttäuschung bereitete ihm die Haltung seiner Partei im ersten Weltkrieg. Trotzdem blieb er ihr auch nachher noch treu, immer wieder mit Gleichgesinnten versuchend, das Steuer herumzulenken. Nach schweren inneren Kämpfen entschloß er sich im Jahre 1924, den Bruch mit seiner Partei zu vollziehen. Er trat zur Kommunistischen Partei über. Auch hier arbeitete er trotz seines hohen Alters mit unvermindertem Eifer für die hohen Ziele des Sozialismus. Bis zur Machtergreifung vertrat er die Kommunistische Partei im Stadtparlament in Ladenburg als Gemeinderat. Der Naziterror konnte seinen Glauben nicht erschüttern. 1945 stellte er sich sofort wieder der Kommunistischen Partei zur Verfügung. Er war damals 79 Jahre alt. Ein schweres Asthmaleiden legte seiner Aktivität Zügel an. Trotzdem blieb er der Vater der Partei in seinem Ort. — Jäh wurde sein Leben durch einen Unglücksfall ausgelöscht. Er war einer unserer Treuesten. — Am Samstag, dem 14. Mai, nachmittags 17 Uhr, findet im Ladenburger Friedhof die Beisetzung der Urne unseres Genossen Menrad statt.

Opfer der Unkenntnis

Versäumter Einspruch gegen Entlassung eines Betriebsrates

Die Baufirma Gärtner und Sohn aus Eberbach, die in Mannheim bei den Entrümmungsarbeiten stark beteiligt ist, mußte schon wiederholt vor dem Arbeitsgericht als Beklagte erscheinen. Unter den diversen Entlassungen befand sich auch ein Mitglied des Betriebsrates. Die Umstände bei dieser Entlassung sind ein typischer Fall dafür, wie zuweilen das Betriebsratengesetz nicht beachtet wird. Ein Vertreter der Geschäftsleitung erklärte dem Betriebsratsvorsitzenden, daß Betriebsrat D. entlassen wird. Der Betriebsratsvorsitzende stimmte dieser Entlassung sofort zu, ohne vorher den Gesamtbetriebsrat zusammenzurufen und zu diesem Falle Stellung zu nehmen. Später setzte er sich auf dem Rat, ging zu dem Betriebsratsmitglied und dieses sagte ebenfalls „Ja“. Eine ordnungsgemäße Zustimmung des Gesamtbetriebsrates, die eine Voraussetzung zur Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes ist, lag also nicht vor, und die Klage des Entlassenen mußte unbedingt Erfolg haben, wenn — Ja, wenn D. über arbeitsrechtliche Vorschriften sich im klaren gewesen wäre. Das war er aber nicht. Er versäumte, Einspruch beim Betriebsrat gegen seine Entlassung zu erheben, und mit seiner Klage beim Arbeitsgericht kam er ebenfalls 3 Wochen zu spät. So wurde der Betriebsrat D. das Opfer seiner eigenen Unkenntnis in den Fragen, die nicht nur jeder Betriebsrat, sondern auch jeder Arbeiter wissen muß. Das Arbeitsgericht konnte ihm also auch nicht wieder zu seinem Arbeitsplatz verhelfen. Mit einem Vergleich, in welchem sich die Firma bereit erklärt, für die vom Kläger geleisteten Überstunden noch 120,- DM zu zahlen, mußte er sich zufrieden geben.

Mannheimer Jugend ohne Heim

Das bekannte Mannheimer Jugendheim in der Käferalder Straße wurde vor vierzehn Tagen durch die „German Youth Agency“ geschlossen. Alle Schritte des Jugendausschusses, das Haus wieder zur Verfügung zu bekommen, waren ergebnislos. Die Besatzungsmacht hat aus Ersparnisgründen das Heim geschlossen und will es wieder den privaten Besitzern zurückgeben. Verhandlungen des Jugendrates, die vom Oberbürgermeister unterstützt wurden, erreichten keine Umstellung der amerikanischen Stellen. Die Mannheimer Jugend hofft, die Stadtverwaltung möge das Jugendheim in eigene Regie nehmen und der Jugend zur Verfügung stellen.

Gewerkschafts-Notizen

Der Ortsausschuß Weinheim schreibt uns: Über die Fortzahlung der am 18. November 1948 vereinbarten Teuerungszulage für die Monate April, Mai, Juni kam zwischen dem Verband des württembergisch-badischen Verkehrsgewerbes, Sitz Stuttgart — Gruppe Spedition und Lager Nordwürttemberg — und dem Angestelltenverband und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirk Württemberg-Baden, für die Angestellten eine Regelung zustande. Weiter wurde vereinbart, daß noch vor Ablauf dieser Vereinbarung Verhandlungen über einen neuen Gehaltsstarif stattfinden.

Zwischen dem Angestelltenverband und der Gewerkschaft für Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Landesversicherungsanstalt Württemberg-Baden wurde auf Grund des Abkommens vom 9. März 1949 folgende Vereinbarung abgeschlossen:

- 1. Den Arbeitern der Landesversicherungsanstalt Württemberg, einschließlich der Kraftwagenführer, wird als Teuerungszuschlag folgende Ueberbrückungsbefehle gewährt: In den Ortsklassen, Sonderklassen A und B monatlich 20,- DM, in den Ortsklassen, Sonderklassen C und D monatlich 10,- DM.
2. Die Ueberbrückungsbefehle beträgt bei dem Hauspersonal der Heilstätten und Krankenanstalten, denen neben einem Barlohn freie Kost und Wohnung gewährt wird, in den Ortsklassen Sonderklasse A und B monatlich 12,- DM, in den Ortsklassen Sonderklasse C und D monatlich 9,- DM. Die gleichen Löhne gelten für Köche und Köchinnen, wenn ihnen neben dem Barlohn freie Kost und Wohnung oder freie Kost gewährt wird.
3. NichtVollbeschäftigte erhalten die Ueberbrückungsbefehle im Verhältnis der tatsächlichen Arbeitszeit zur normalen Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche.
II.
1. Bei den Angestellten der Vergütungsgruppe X — VTOA und Kr. e-a Kr. T entfällt die Gehaltskürzung von 6 v. H.
2. Bei den Angestellten der Vergütungsgruppe IV TOA beträgt die Gehaltskürzung 3 v. H.
3. Den Angestellten der Vergütungsgruppe 10 — VI TOA und Kr. e-b Kr. T wird außerdem als Teuerungszulage eine Ueberbrückungsbefehle gewährt. Diese beträgt: in den Ortsklassen, Sonderklasse A und B monatlich 20,- DM, in den Ortsklassen, Sonderklasse C und D monatlich 17,- DM. Die Vereinbarung gilt für die Zeit vom 1. Februar bis 1. März 1949, unbeschadet bisher geltend gemachter Forderungen auf echte Gehaltserhöhungen. Sie findet nur auf die im Lande Württemberg-Baden beschäftigten Angestellten und Arbeiter der Landesversicherungsanstalt Anwendung.
In der Frage des Urlaubs in den Betrieben des Öffentlichen Dienstes wurden die Vorschläge der Beamtenliste von der Staatsregierung abgelehnt und die Anträge der Gewerkschaft gut geheißen. Im Urlaubsjahr 1949/50 gilt demnach für alle Beamten, Angestellten und Arbeiter folgender Urlaub: Bis zu 30 Jahren — 19 Arbeitstage, 30 bis 45 Jahre — 22 Arbeitstage, über 45 Jahre — 25 Arbeitstage. Es erfolgte weiter eine Umstellung von Kalendertagen auf Arbeitstage. Die Feiertage können nicht mehr in Abzug gebracht werden.

Veit Harlan an die Front

Nach einer Pressemeldung soll die Vorführung des Dokumentarfilms „Nürnberg“ der US-Militärregierung in der britischen Zone nicht verboten sein, wie ursprünglich verlautete, sondern die Entscheidung den deutschen Stellen vorbehalten sein. Nach dem Ausgang des Prozesses gegen Veit Harlan in Hamburg zu urteilen, werden die deutschen Stellen kaum Interesse an diesem Film mit „zu dick aufgetragen“ antinazistischer Tendenz haben. Das um so weniger, als ja ein neuer Film „Sokrates“ des „genialen“ Veit Harlan in Aussicht steht. Es wird dem so wendigen und vielseitigen Ueber-Regisseur gewiß nicht schwer fallen, die Hinrichtung des Sokrates irgendwie mit Moskau in Verbindung zu bringen, denn er ist ja immer mit der gerade vorherrschenden Stimmung wacker mitgeplätschert. Argus

Klapperstorch kennt keine Paragraphen

Im italienischen Parlament wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, die unehelichen Kinder mit den elterlichen gleichzustellen. Der Klapperstorch wird, so hoffen wir, diesen Antrag gebührend zur Kenntnis nehmen. Brachte er doch in den letzten zwölf Jahren von je 1000 Kindern 47 uneheliche zur Welt. Verzehntung auf die Welt! Das sind im Verlaufe einer Generation 1,2 Millionen unehelicher Kinder. Woraus man ersehen kann, daß der Klapperstorch ein Scherarbeitler ist. Allein in Rom werden jährlich durchschnittlich 2700 uneheliche Kinder geboren. Da wollen wir von Deutschland ganz schweigen...

Der Unterpräfekt auf dem Lande

Von Alphonse Daudet

Herr Unterpräfekt ist auf Dienstwagen der Unterpräfektur reise. Kutscher vorne, Lakai hinten, trägt zur Bezirksversammlung. Auf seinen Knien liegt seine Mappe aus gepreßtem Leder, die er traurig betrachtet. Er träumt von der berühmten Rede, die er vor den Einwohnern von Combes aux Fées zu halten hat.

„Meine Herren, liebe Untertanen!“

Aber er kann noch so schön seinen seidenweichen, blonden Backenbart zwirbeln und wiederholen:

„Meine Herren und liebe Untertanen“, das Weitere fällt ihm nicht ein.

Das Weitere fällt ihm nicht ein... Es ist so heiß im Wagen! Unabsehbar die staubige Landstraße nach Combes aux Fées in der südlichen Sonne.

Plötzlich fährt der Herr Unterpräfekt zusammen. Da drüben am Fuße eines Hügels bemerkt er einen kleinen Eichenwald, der ihm zu winken scheint:

„Kommen sie doch, Herr Unterpräfekt, unter meinen Bäumen können sie ganz ungestört ihre Rede verfassen!“

Der Herr Unterpräfekt läßt sich verleiten. Er springt aus seiner Kalesche und bedeutet seinen Leuten, zu warten. Er möchte da drüben in dem kleinen Eichenhain seine Rede überdenken.

In dem kleinen Eichenhain sind Vögel, Veilchen und Quellen und zartes Gras. Als sie alle den Herrn Unterpräfekten bemerken, mit seiner schönen Kniehose und seiner Mappe aus gepreßtem Leder, hören die Vögel auf zu singen, die Quellen schweigen und die Veilchen verstecken sich im Rasen. Alle die kleinen Leute da haben nie einen Unterpräfekten gesehen und sie fragen einander leise, wer denn der schöne vornehme Herr sei, der hier in Silberhosen spazieren geht.

Indessen hebt der Herr Unterpräfekt, entzückt von der Stille und der Frische des Waldes, seine Rockschöße hoch, legt seinen Klapphut auf den Rasen und setzt sich ins Moos, unter eine junge Eiche. Dann öffnet er seine große Mappe aus gepreßtem Leder und entnimmt ihr einen großen Bogen Ministerpapier.

Das Opfer — die Arbeiterhausfrau

Wenn immer ein Arbeiter-Minister die Arbeiter, die ihn zur Macht gebracht haben, angreift, ist es sicher, daß die kapitalistische Presse ihn rege seiner „auf hoher Stufe stehende Redlichkeit“ und seinen „unnachgiebigen Mut“ lobt. Cripps hat den Mut gehabt, das am meisten gequälte, überlastete Mitglied der Gemeinschaft anzusprechen — die Arbeiterhausfrau. Mit hohen Mieten für die städtischen Häuser von neuem belastet (eine Tatsache, die niemals in den Lebensunterhaltungskosten wiedergegeben wird), bei ihrer Suche nach einem Ersatz für eine verkleinerte Fleischration, überarbeitet, wird sie nunmehr durch steigende Preise der wesentlichen Nahrungsmittel geplagt.

Daily Worker.

Eine neue Theorie

Entstehung des Sonnensystems

Mit der Frage nach der Entstehung des Sonnensystems, speziell unserer Erde, hat sich die Naturwissenschaft eine ihrer kühnsten Aufgaben gestellt, gilt es doch, aus Tatsachen der Gegenwart Vorgänge zu erschließen, die sich vor Jahrmillionen abgespielt haben mögen. Die moderne Forschung braucht sich daher nicht der Tatsache zu schämen, daß bisher noch keine der vielen widerstreitenden Hypothesen über diese Probleme allgemeine Anerkennung erlangen konnte.

Nun ist wieder ein Sowjetgelehrter, der bekannte Mathematiker und Polarforscher O. J. Schmidt, mit einer Theorie über die Entstehung des Sonnensystems hervorgetreten. Sie stellt die Frucht jahrelanger Beobachtungen und Berechnungen dar und unterscheidet sich weitgehend von der bisher vertretenen Auffassung, einschließlich der Theorie Fenskenows.

Die modernsten Ergebnisse der Meteoritenforschung geben O. J. Schmidt die Möglichkeit, eine Theorie des „Einfangens“ aufzustellen, die der „Ordnung“ im Sonnensystem gerechtfertigt werden vermag. Er konnte sich dabei auf die in der Welt führende Stellung der sowjetischen Meteoritenkunde stützen. Die gewaltigen Ausdehnungen der SU machen dieses Land zum idealen „Schleppplatz“ für Meteorite. Der sowjetische Apparatebau realisierte diese Forschungsmöglichkeiten und schuf in letzter Zeit ein Radargerät, das ein Studium des Meteoritenschwarmes bei bewölktem Himmel, ja auch bei Tag erlaubt. Ständig geraten Stein- oder Metalltrümmer von außen her in den Anziehungsbereich der Erde, verglühn entweder als „Sternschnuppen“ in der Atmosphäre oder gelangen als Meteoriten bis zum Boden. Ihre Herkunft war lang umstritten. Man hielt die meisten von ihnen für Boten aus den Tiefen des Welttraumes, die nur zufällig den Weg des Sonnensystems kreuzten. Heute weiß man dagegen ziemlich sicher, daß die Meteoriten dem Sonnensystem angehören. Gestützt auf diese Erkenntnis nimmt Schmidt an, daß die Sonne vor Jahrmillionen einen ungeheuren Meteoritenschwarm (und nicht fertige Planeten) eingefangen hat, aus dem im Verlauf der weiteren Entwicklung die Planeten hervorgegangen sind. Aus dieser Annahme folgt zwanglos die im Sonnensystem herrschende „Ordnung“. Die Abstandsverhältnisse und die Bewegungsenergien entspringen den Umständen, unter denen das „Einfangen“ vor sich ging. Wenn die Anziehungskräfte im Schwarm ein „Zusammenpacken“ der Trümmer und Staubpartikeln zu Planeten vollzogen haben, dann bewegen sich diese weiter in der Richtung, in der sich ursprünglich der überwiegende Teil des Schwarmes um die Sonne bewogte.

Wie hat man sich nun nach der Theorie O. J. Schmidts die Entstehung der Planeten im Sonnensystem vorzustellen? Mit Milliarden anderen Sternen umkreist die Sonne

„Das ist ein Künstler!“ sagt die Grasmücke.

„Nein“, widerspricht der Gimpel, „das ist kein Künstler, weil er eine Silberhose hat. Das ist weit eher ein Fürst.“

„Ja, das ist weit eher ein Fürst“, sagte der Gimpel.

„Weder ein Künstler, noch ein Fürst“, unterbricht eine alte Nachtigall, die eine ganze Saison lang in den Gärten der Unter-



präfektur gesungen hat. „Ich weiß, wer das ist. Das ist ein Unterpräfekt.“

Und der ganze Wald flüstert:

„Das ist ein Unterpräfekt! Das ist ein Unterpräfekt!“

Unberührt von diesem holden Spektakel ruft der Unterpräfekt im Herzen die Muse der Landwirtschaftskammer an, und, mit

erhobenem Bleistift, beginnt er feierlich zu deklamieren:

„Meine Herren und lieben Untertanen!“ Gelächter unterbricht ihn. Er dreht sich um und sieht nur einen dicken Grünspecht, der ihn, auf seinem Klapphut sitzend, lachend betrachtet. Der Unterpräfekt zuckt die Schultern und will in seiner Rede fortfahren; aber der Grünspecht unterbricht ihn und schreit:

„Wozu machst du das?“

„Wie, wozu ich das mache?“ sagt der Unterpräfekt, und er wird ganz rot; und mit einer Bewegung das freche Tier vertreibend beginnt er von neuem:

„Meine Herren und lieben Untertanen!“

Aber da reckten die Veilchen ihre Stengel zu ihm auf und sagten zärtlich:

„Herr Unterpräfekt, merken sie, wie gut wir duften?“

Und die Quellen musizieren unter dem Moos und über ihm in den Zweigen singen die Grasmücken ihre schönsten Arien, und

Karl Marx und die Dichtung

Die nachstehenden Ausführungen sind den Erinnerungen an Karl Marx von Paul Lafargue entnommen. Lafargue (1846 bis 1911), Mitglied der 1. internationalen und einer der Begründer der französischen Arbeiterpartei war einer der bedeutendsten Führer der französischen Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg. Er heiratete die zweite Tochter von Marx, Laura.

Goethe und Heine, die Marx oft im Gespräch zitierte, wußte er auswendig. Er las stets Dichter, die er aus allen europäischen Literaturen wählte. Jedes Jahr las er Aechylos im griechischen Urtext; ihn und Shakespeare verehrte er als die beiden größten dramatischen Genies, die die Menschheit hervorgebracht. Shakespeare, für den seine Verehrung unbegrenzt war, hatte er zum Gegenstand eingehendster Studien gemacht; er kannte auch seine geringfügigsten Figuren. Auch seine drei Töchter wußten den großen englischen Dramatiker auswendig. Als er nach dem Jahre 1848 sich in der englischen Sprache, in der er schon früher lesen konnte, vervollkommen wollte, suchte und ordnete er alle Shakespeares eigentümlichen Ausdrücke; dasselbe tat er mit einem Teil des polemischen Werkes von William Cobbett, den

er sehr hoch schätzte. Dante Burns gehörte zu seinen Lieblingsdichtern. Es machte ihm große Freude, wenn er seine Töchter die Satiren oder Liebesgeschichten des schottischen Poeten vortragen oder singen hörte. Cuvier, ein unermüdlicher Arbeiter und Großmeister der Wissenschaft, hatte in dem Museum in Paris, dessen Direktor er war, eine Reihe von Arbeitsgemächern für seinen persönlichen Gebrauch. Jeder Raum war für eine besondere Art der Beschäftigung bestimmt und enthielt die dazu notwendigen Bücher, Instrumente usw. Wenn er sich von seiner Arbeit ermüdet fühlte, so trat er in den benachbarten Saal und widmete sich einem anderen Studium. Dieser einfache Wechsel bedeutete, wie man erzählt, für ihn Ausrufen. Marx war ein ebenso unermüdlicher Arbeiter wie Cuvier, aber er hatte nicht, wie dieser, die Mittel, sich mehrere Arbeitszimmer einzurichten. Er ruhte aus, indem er im Zimmer auf und ab schritt; von der Tür bis zum Fenster zeigte sich auf dem Teppich ein total abgenutzter Streifen, der so scharf begrenzt war wie ein Fußpfad auf einer Wiese. Zuweilen streckte er sich auf dem Sofa aus und las einen Roman. Er las bisweilen an zweien bis dreien zugleich, die er abwechselnd vornahm. Wie Darwin, war auch er ein großer Romanleser. Marx lebte namentlich diejenigen aus dem 18. Jahrhundert und besonders den Tom Jones von Fielding. Die modernen Schriftsteller, die ihn am meisten unterhielten, waren Paul de Kock, Charles Lever, Alexander Dumas Vater und Walter Scott. Für abenteuerliche und humoristische Erzählungen zeigte er eine ausgesprochene Vorliebe.

„Wann wird die Rente denn erhöht?“ Ich möchte so gerne mein „Echö“ fragen, Wann wird die Rente denn erhöht? Die Großen häufen Reichtum an Und weh'n nicht, wie's uns Armen geht! Was sind denn dreißig Mark im ganzen Monat? Davon noch Miete, Licht und Strom? Was nützt es, wenn sie nur versprechen? Da haben wir Armen nichts davon! Ich hätt' noch einen Wunsch im Leben Der nicht mehr fuhlet Not und Pein, So still in meinem Sarge liegen, Ja schlafen, schlafen, ruhig ein!

L. R. Witwe

Viehgroßhändler Otto Koch aus Hockenheim findet milde Richter — nur Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung

Unter der Anklage, etwa 200 Stück Vieh verschoben zu haben, hatte sich vor der Mannheimer Strafkammer der Viehgroßhändler Otto Koch aus Hockenheim und seine beiden Schwägerinnen Paul und Ludwig Haas zu verantworten. Im Verlaufe der zweiwöchigen Verhandlung mußte der Staatsanwalt erleben, daß die der Anklage zugrunde liegenden Angaben der „Sachverständigen“, die monatlang über diesem Fall gebrütet hatten, z. T. unzutreffend waren. Etwa 40 Zeugen wurden deshalb vernommen nach Hause geschickt. Aber immerhin blieb die Tatsache, daß Koch über den Verbleib von 64 Rindern und 17 Kälbern, von dem 1945—1947 aus Bayern per Bahn eingeführten Vieh, keinen Nachweis führen konnte. Ganz außer Acht blieben dabei die nicht nachzukontrollierenden Viehtransporte per LKW. Koch und Haas gaben zu, 50—60 Stück Vieh ohne Eintrag in die Bücher veräußert zu haben. Aber nicht etwa an Schwarzhändler, sondern nur an Bauern, die das Vieh notwendig brauchten und nur zum normalen Preise.

Der Viehhändler hat sich gelohnt. Am 1. Oktober 1945 wurde das Geschäft eröffnet. Am 1. Januar 1946 hatte Koch sein Vermögen bereits um mindestens 29 000 M. vergrößert. Das wurde allerdings erst viel später vom Finanzamt festgestellt, welches sich auf die mündlichen Angaben von Koch stützen mußte, weil keine einvernehmlichen ordnungsgemäßen Buchführungen vorhanden war. Das Geschäft hatte nicht einmal ein Kassenbuch, angeblich war keins zu beschaffen. Koch wurde für seinen persönlichen Bedarf von verschiedenen Metzgereien reichlich mit Fleisch versorgt. 5—10 Pfund wurden gern gegeben, ohne daß Koch diese Metzgereien zum Entgelt mit Schwarzvieh versorgt hätte. Wenigstens konnte man das nicht nachweisen. Aber nach Zeugenaussagen war Herr Koch seinerseits mit Fleisch sehr freigebig, wovon u. a. die Herren Ziegler und Hecht vom Landesernährungsamt Karlsruhe, Abt. Viehwirtschaftsverband, profitierten. Für das Beiseitschaffen (Schwarzschlachten) von ein bis zwei Stück Vieh ist bei den Mannheimer Gerichten die durchschnittliche Taxe 6 Monate Gefängnis. Aber

der ganze Wald schwört sich, die Abfassung seiner Rede zu verhindern.

Der ganze kleine Wald verschwört sich, die Abfassung seiner Rede zu verhindern... Der Herr Unterpräfekt, berauscht vom Duft, trunken vom Gesang, versucht vergebens dem neuen Zauber zu widerstehen. Er streckt sich ins Gras, knüpft seinen Rock auf, und murmelt noch zwei- oder dreimal:

„Meine Herren und lieben Unter... Meine Herren und lieben...“ Dann schickt er die Untertanen zum Teufel. Und der Muse der Landwirtschaftskammer bleibt nichts übrig, als ihr Antlitz zu verhüllen.

Als nach einer Stunde die Gefolgschaft der Unterpräfektur, über das Verbleiben ihres Chefs beunruhigt, den kleinen Hain betrat, zuckte sich ihr ein erschreckendes Schauspiel. Der Herr Unterpräfekt liegt auf dem Bauch im Gras, unanständig wie ein Bummler. Er hat seinen Rock ausgezogen, und Veilchen kauend, schreibt der Herr Unterpräfekt ein Gedicht.

Trennung zwischen Weiß und Schwarz

Heiraten zwischen Weißen und Nichtweißen sollen in der südafrikanischen Union für die Zukunft verboten werden. Dr. Marlan führt die Rassetrennung ein. Dem Parlament liegt ein entsprechender Gesetzentwurf vor, nachdem jeder Mensch der „unzweifelhaft weiß oder nichtweiß“ erscheint, je nach dem Fall, als solcher angesehen werden soll, falls ihm nicht gelingt, das Gegenteil nachzuweisen.

Ein seltsamer Weltrekord

Mit 20 Jahren wurde Mrs. Mabel Stockwell, aus dem Staate Nordcarolina, Großmutter. Sie hatte 1937, 91jährig, einen 24jährigen Bergarbeiter geheiratet. Im März 1938 wurde ihr eine Tochter geboren, die Anfang 1948 mit 10 Jahren einen 18jährigen Arbeiter heiratete. 10 Monate später wurde Mrs. Stockwell mit einem gesunden Enkel beglückt.

Anmaßung und Reife

Vor einigen Wochen maßten sich einige junge Deutsche an, in Braunschweig über Zonen und Parteigrenzen hinweg, die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu diskutieren. So jedenfalls wurde ihnen vom „Sozialdemokratischen Pressedienst“ dieser Schritt ausgelegt.

„Alles gegen die Anmaßung ein Problem meistern zu wollen, was einer bestimmten Reife bedarf.“

hieß es da, und der schulleistlich erhobene Zeigefinger der Herren in Hannover wurde der Generation vor die Nase gehalten, die Opfer der Taten und Unterlassungssünden eben dieser Schulmeister geworden war.

Wessen Anmaßung? Und vor allem wessen Reife? Etwa die Reife solcher sozialdemokratischer Führer wie Stampfer, Noske, Schumacher oder Heine? Soll die Jugend die „Probleme“ mit gleicher „Reife“ meistern, wie die rechten sozialdemokratischen Führer sie in der Weimarer Republik meisterten? Und mit denselben Resultaten? Wie, wenn die Jugend der „Reife“ der Totengräber der ersten Republik und der Anmaßung der Spalter und Besatzungsstatus-Politiker der Nachkriegszeit kein Vertrauen mehr entgegenbrachte? Wie, wenn sie die Ratschläge solcher Schulmeister als Anmaßung empfindet? Sie täte es in jedem Falle mit größerer Berechtigung als die rechten Führer der SPD, die nichts gelernt und alles vergessen haben.

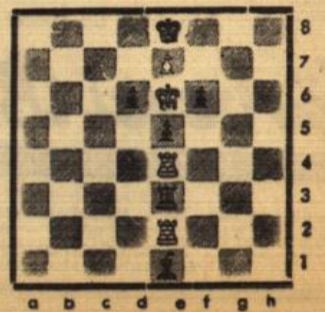
Alles gegen die Anmaßung dieser Leute, die die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands weiterhin ihren Parteiinteressen opfern und alles für die Jugend, die für ein freies, einiges und demokratisches Deutschland eintritt.

Wie konnte sie aber auch!

Hat da neulich eine Dame von der Pariser Post ohne Erlaubnis ihrer vorgesetzten Behörde geheiratet! Natürlich mußte sie in eine Disziplinarstrafe genommen werden, in eine Geldstrafe der Postminister hat sich nunmehr zu dieser Angelegenheit geäußert und zugeben müssen, daß solch eine vorinstanzliche Vorschrift existiert. Er mußte aber auch versprechen, für schnellstes Verschwinden zu sorgen.

Schach

Problem Nr. 15



W. P. 11

Matt in drei Zügen

Kontrollstellung. Weiß: K6, Te2, e4, B7 (4). — Schwarz: K8, Te3, Lel, B6, e5, f6 (6).

Lösung der Aufgabe Nr. 14: 1. e6-e7, Kf6, 2. e8T.

1. ... Kc6, 2. e8S.

1. ... Kd6, 2. e8D.

Eine dreifache Bauern-Umwandlung.

Problemistrenten in Mannheim

Motto: „Diesmal hat das Problem das Wort.“

Am 22. Mai 1949 findet in Mannheim-Schönau ein großes Problemistrentreffen statt. Alle Problemfreunde aus nah und fern sind freundlich eingeladen. Alle Problemfreunde, die am 21./22. oder 22./23. Mai übernachten wollen, wenden sich umgehend an Schachverein „Mannheim-Schönau“, Kattowitzer Zeile 13. Es entstehen dabei keine Unkosten. Das Programm der Veranstaltung: 9 Uhr Problemisenaussprache, 10 Uhr Komposition eines Zweizüger nach Schema (2 Stunden), 13 Uhr Lösung des 1000. Schachproblems von W. May (lebende Figuren), 14 Uhr Lösungsturnier (6 Zweizüger und 4 Dreizüger in vier Stunden), 18 Uhr Festerunde mit Preisverteilung, 20 Uhr Unterhaltung. Das Lokal „Siedlerklaus“ ist von der Stadtmittelpunkt mit Linie 3, dann Omnibus bis Schönau, oder Linie 10 bis Zellstoffabrik (dann 7 Minuten zu Fuß) zu erreichen.

Gruppe Weinheim

Mannschaftsturnier	
Weinheim	4:4 4:4 7:1 7:1 6 22
Hensbach I	4:4 4:4 8:0 5:3 6 21
Viernhorn	4:4 4:4 6 ^{1/2} :6 ^{1/2} 6:2 0 20 ^{1/2}
Heddesheim	1:7 3:5 2:6 0:8 0 6
Heddesheim	1:7 3:5 2:6 0:8 0 6

L. R.

Der Continental-Atlas wieder erschienen

Der kartographische Verlag der Continental-Gummiwerke Aktiengesellschaft, Hannover, legt erstmals nach dem Kriege eine neue Auflage des in Kraftfahrerkreisen bekannten Continental-Atlas auf. Hiermit erhält der Kraftfahrer endlich ein Kartenwerk, das ihm schnell und zuverlässig die Orientierung über die Straßen und Autobahnen der Besatzungszonen vermittelt. (Maßstab 1:300 000.) Das hervorragend klare Kartenbild zeigt alles, was der Kraftfahrer wissen will. Die Autobahnen und Reichsstraßen sind übersichtlich und markant wiedergegeben. Der Verkaufspreis beträgt 3,00 DM.

Auch die bekannten Continental-Straßenkarten sind wieder neu aufgelegt worden; z. B. Continental-Streckenkarte, 1:300 000, grün, von der die Blätter 11 Bremen, 12 Hamburg, 13 Osnabrück, 29 Hannover, 26 Dortmund, 27 Kassel, 31 Frankfurt a. M., 34 Meiningen, 40 Mannheim, 41 Nürnberg, bereits fertig vorliegen. Verkaufspreis 1,50 DM, eine Karte, die praktisch gefaltet in 7 Farben gedruckt und millionenfach vor dem Kriege vertrieben wurde.

Als Neuerscheinung bringt der Verlag die Continental-Autokarte, 1:500 000, rot, eine Karte, die besonders für Langstreckenfahrer geeignet ist. Das Kartenbild ist stark aufgelockert und klar. Die Reichsstraßen und Autobahnen sind besonders markant hervorgehoben. Die Blätter 1 Niedersachsen, 4 Köln/Frankfurt, 6 Stuttgart sind bereits lieferbar. Verkaufspreis 3,00 DM.

Eine Gesamt-Übersichtskarte, wie sie sein soll, ist die Continental-Deutschlandkarte, 1:1 500 000, gelb, die als Karte der Besatzungszonen erschienen ist.

Der Verlag kündigt ferner die Continental-Sonderkarte, 1:300 000, blau, an. Auf einem Blatt werden mehr als 30 000 qkm gezeigt. Verkaufspreis 2,00 DM.

Sämtliche Continentalkarten und Atlanten sind erhältlich im einschlägigen Buchhandel.

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 16. Mai bis 23. Mai 1949

Sonntag, 15. Mai, vormittags, freier Verkauf: Tanz-Matinee Ludwig Egelhauf und Gruppe mit neuem Programm. Anfang 11.00 Uhr, Ende etwa 12.30 Uhr.



J. I. 6 Breite Straße Ab Freitag bis Montag ein Film, der jedes Herz bewegt, ein Frauenschicksal.



Zum Maimarkt-Ausklang: Uraufführung für Westdeutschland: Die neueste große Farbfilm-Operette der 20th Century Foxfilm der MPEA



Ab heute bis einschl. Donnerstag MARIANNE HOPPE in Das verlorene Gesicht

NATIONALTHEATER MANNHEIM WILLY BIRGEL

gastiert in der Titelrolle von G. Bernhard Shaw's Komödie Der Kaiser von Amerika



Schuh-Gimm Oppauer- Ecke Altrheinstr. Tel. 52398

Capitol-Filmtheater Mannheim am Meßplatz

Freitag bis Donnerstag Herta Feiler und Peter Pasetti Die kupferne Hochzeit

Lichtspielhaus Müller Mannheim - Mittelstraße 41

Freitag bis Donnerstag JENNIFER JONES Das Lied von Bernadette



Wer wagt gewinnt! BÖHM

Blau-Gold spielt zum Tanz im Saalbau

Zur deutschen Eiche

Bei der am 30. 4. 1949 unter notarieller Aufsicht erfolgten Verlosung anl. unseres

Preisausschreibens gingen folgende Preisträger hervor: 1. Preis: Martin Berger, Wildern-Jagst, Kr. Hellbronn;

Qualität und billigste Preise

bei großer Auswahl in Mädchen- und Frauen-Dirndl und Sommer-Kleider mod'sche Dessins, 13,90

Herren-Anzüge ein- und zweireihig 3 Preislagen 59,- 84,- 98,-

Handelshof RIEDER O 4. 8-9 und Seckenheimer Straße 11

Volksbuchhandlung MANNHEIM - S 3, 10

Große Auswahl an schöngeliger und wissenschaftlicher Literatur, Jugendbücher, Unterhaltungsrromane, Fachliteratur.

Plisseearbeiten Hüte reinigen und aufbügeln

Annahme ab sofort wieder. Kurze Lieferzeit. Färberei Bischoff & Co. CHEM. REINIGUNG - PLISSEEBRENNEREI

billig - billig - billig Ihr Besuch lohnt sich Neueingang

20 Edelholz-Küchenbütetts 2 formschöne Modelle und gute Verarbeitung

Berthold Rösch Färberei und Chem. Reinigung MANNHEIM - SECKENHEIM

TRINKT EICHBAUM BIER

Anton Hauser Kohlenhandlung Mannheim Gärtnerstraße 16 - Telefon 53485

H. Schmelcher Schuhmachermeister R 4, 22

Familie Munter 5.

Munter's Jüngste, das Sabinchen. Wünscht sich schnellst zwei Kaninchen. Doch ein solches Hasenpaar im Moment nicht greifbar war.

GEWERKSCHAFTEN

Was bedeutet das Sozialversicherungsanpassungsgesetz vor allem für die Rentempflinger? Warum ist dieses Gesetz noch nicht in Kraft getreten?

MUSIK

Stimmungen und Reparaturen von Pianos. A. Meyer, U 1, 26.

STELLENANGEBOTE

Kleinverdiener, Erwerbslose, Flüchtlinge. Existenz durch Annahmestelle oder schriftliche Heimarbeit.

Lebensmittelauftrag für Mannheim-Stadt vom 11. bis 20. Mai

Über sechs Jahre (Kartenzahl 11, 21, 31) Roggenbrot: je 1000 g auf fünf/126, sieben/126 und B/126; 500 g auf sechs/126.

Eheleute Keine Frauensorgen mehr d. u. Welt - Dauer - Mutterschutz.

Gutbrad Lieferwagen Motor-Mähmaschinen Bauernwagen Kleinschlepper

STUCKKUNST Reparatur von Nähmaschinen jeden Fabrikats

Autohaus Schwind Mannheim, T 6, 17, Tel. 428 14

Waldhof-Drogerie Jean Schmidt KG.

WEINPROBE „Zum goldenen Ochsen“

Großerfolg durch Kleinanzeigen!



Das führende Textilhaus im Norden Mannheims

Werner's moderne Kleiderpflege chem. Reinigung

Die schöne Tapete. R. Böhmert

Eine glückliche Mutter! Frau Johanne Brüggem, Quadrath, schreibt: Ein Außerer erstaunt, daß das Wunder meines Kindes



Seit 1842 Heinrich Krämer Dachdeckermeister Heidelberg

Wir bieten an: Herren-Socken 3,25 Herren-Socken, Wolle 3,75

FAHRRÄDER MOTORRAD ZUBEHÖR Fahrrad-DOPPLER

Wir bieten an: Herren-Socken 3,25 Herren-Socken, Wolle 3,75

Elektro-Lösch Mannheim, D 4, 17. Tel. 51747

KARLSRUHE

Gasthaus Zur Brunnenstube Besitzer: Albert Frenkel

Achtung Fernfahrer! Als gutes Einkehrlokal empfiehlt sich Gasthaus „Zur Lokalbahn“

Restaurant Ziegler Inh. Adolf Schöntag

Die neue Kohlenkarte bringen Sie zu Richard Wiessner

„Mannheimer Mai-Markt“ Sonntag, den 15. Mai 1949 - letzter Tag